



runnen des Bergarbeiterverbandes erreicht werden wird. Die Streikfrage werden nicht bezahlt.

**Marxenberg.** Bei einem kleinen Meißnermeister erlitten zwei Männer und boten ihm für 50000 M. schies 40000 M. Fallschirm an. Der Geschäftsmann benachrichtigte sofort die Gendarmerie, der die Festnahme der beiden Betrüger, eines Viehhändlers aus Dörfel bei Annaberg und eines Zimmermanns aus Pörschke, gelang. Der eine hatte das Fallschirm in seinen Sammelbüchern verborgen.

**Ostsch.** Große Unterschlagungen hat ein 21-jähriger Reisender der Belegschaft und Abgabenoffizier in Omba verübt. Der junge Mann hat in Ostsch zwei Millionen Mark unterschlagen und ist damit geflüchtet. Außerdem hat er Schwachs an sich genommen, die jedoch sofort gefesselt worden sind.

**Pamern.** In der Kammerung überstehen drei arbeitsfähige Personen, der 18-jährige Gerul und die Brüder Adolf und Paul Jauerma aus Omba, auf dem Wege von Omba nach Bahndorf Schwarzstein den über 60 Jahre alten Viehhändler Dager aus einem Nachbargebiet und entziffen ihm nach langem Kampfe die umgeschaltete Geldtasche mit etwa 30000 Mark Inhalt. Die Männer konnten aber ermittelt und dem Geständnis zugeführt werden. Die Strafe wurde ihnen wieder abgenommen.

**Münchenberg (Niederbayern).** Nachs gegen 10 Uhr fanden Passanten umringt Münchenberg ein Automobil umgestürzt im Straßengraben. Nach längeren Bemühungen gelang es, den Chauffeur Kuben tot, den fünfjährigen Sohn des Direktors Häufig aus Panchhammer unverletzt und das Hausfräulein des Direktors mit mehreren Wunden zu bergen. Kuben war der älteste und zuverlässigste Chauffeur des Direktors Häufig.

**Döbeln.** Kurz vor Mitternacht des am Dienstag gegen 3 Uhr abends in Chemnitz fahrplanmäßig eintreffenden Personenzuges wurden Reisende auf ein käufliches Zimmer aufmerksam. Bei näherer Untersuchung fanden sie auf dem Nebengänge drei nach Chemnitz abfahrtsbereite Augen, und zwar im Sammelraum zwischen Gleis und Bahnsteig, ein vermutlich neugeborenes Kind in splitterndem Zustande vor. Ein diensthabender Beibehalter brachte das Kind sofort in Sicherheit. Alle Bahrschicklichkeit nach liegt hier ein Verdacht vor. Näheres über diesen Vorfall wird hoffentlich die Untersuchung ergeben.

**Wickershain.** Ein recht beklagenswertes Brandunglück hat sich hier ereignet. Sonnabend früh gegen 2 Uhr brach bei Gutsdörfener Schreyer Feuer aus. Raum das die beiden sich aus dem Schlafe aufgeschreckten Eheleute ihr Leben retten konnten. Diebedauerlicherweise ist dennoch ein Menschenleben zu beklagen, indem die als Dienstmädchen angestellte 16-jährige Waise, vom Rauche erstickt, umgekommen ist. Das Wohnhaus ist niederverbrannt. Das Vieh brachte hilfsbereite Nachbarn in Sicherheit, sonst konnte aber wenig gerettet werden. Dank der herrschenden Windstille und des Einwirkens der herbeigekommenen Feuerwehren konnten wenigstens die Nebengebäude erhalten werden und sind die angrenzenden Gutsgehöfte der Gutsdörfener Schreyer und Einkommen verhältnismäßig geblieben, die bei Wind kaum davongelommen wären. Wie gemeldet wird, soll der Brand durch Kurzschluss entstanden sein.

**Deßau.** Dienstag vormittag ist das berühmte Drangeriegebäude im Wörlicher Park durch einen Brand vollständig vernichtet worden. Ueber die Entstehungssache ist nichts bekannt. Der Schaden beträgt viele Millionen.

### Sächsischer Landtag.

Zur Regierungsvorlesung über Gewährung von beruflichen Sonderzuschüssen an Beamte, Lehrer, Parteigebührenempfänger und Beamtenwitwen liegt ein Antrag des Haushaltsausschusses A vor, in dem die Regierung ersucht wird, dahin zu wirken, daß durch Verhandlungen mit der Reichsregierung die Gewährung von Sonderzuschüssen auch auf alle die Orte ausgedehnt wird, die gleich schwierige wirtschaftliche Verhältnisse aufweisen, wie die drei sächsischen Großstädte und die Grenzorte. Abg. Claus (Dem.) empfiehlt Annahme des Antrages der Zustimmung-Rechtheit.

Ein kommunisistischer Redner beantragt namens der Minderheit, die Sonderzuschüsse nur den Beamten zu gewähren, deren Bezüge das Einkommen der Gruppe IX nicht überschreiten.

Minister des Innern Lipski führt aus, der Landtag habe 1921 einstimmig beschlossen, daß die Befoldungsordnung des Reiches auch auf die sächsischen Beamten übernommen werden soll.

Nach kurzen Ausführungen der Abg. Schneller (Komm.) und Schütz (Soz.) wird der Mehrheitsantrag des Ausschusses gegen die kommunisistischen Stimmen angenommen. Es folgt die erste Beratung über den Gesetzentwurf über

### München im neuen Jahre.

Aus München wird uns geschrieben: Nun hat der in München so beliebte und vollständige Faschingsfest die Reihe der Feste geschlossen, und an allen Türen in Stadt und Land kann man noch die mit gewandter Arbeit geschriebenen Anfangsbuchstaben der drei Könige Melchior-Caspar-Balthasar lesen; sie sollen Haus und Hof vor jeder Unheil und Krankheit schützen und Verbrauch, Gold und Mehl für das ganze kommende Jahr über die Bahmungsstufen ausbilden. Zwar ist von diesem Götzenfest jetzt noch nicht viel zu merken; selten wurde ein Jahr mit solcher Bangigkeit und hoffnungsloser Resignation begonnen, wie dieses hier. Schwere Wolken, wofür man schaut; eine unerträgliche Leere, die auch in München, wie einst in Wien, das gute alte Bürgerium völlig zu vernichten droht. Die Zeitungsanzeigen führen eine beredete Sprache, als alle antiken Statuen; wobei unerschöpflich kostbares Familiengut ist durch die zwei, drei und sechs Seiten aus den behaglichen Wohnungen von Künstlern, Intellektuellen, verarmten „Kapitalisten“ in fremde Hände gewandert! Die Wolkenanstalten mehrten sich und überhieten sich, selbst auf den Sitzsäulen, in scheiternden Kellern, um den Hungernden und Strotzenden in — „Tollwandsdrang“ — wertvollen Familienbesitztümern abzunehmen, und die eigenen Geldbeutel nicht mit Papierfüllung, sondern mit Gold, Silber, Platin und Edelsteinen zu füllen. Ein hoher Prozentsatz von Jahrgängen, die unter mangelnder Praxis litten, hat das Meer dieser Ankäufer vernebelt.

Abgesehen von diesem Goldhandel, steht in München das Geschäftleben. Wethmann war auffallend still und die Läden oft wie ausgestorben, als sei plötzlich eine Lehung ausgegangen worden, nicht mehr zu kaufen. Die Kaufkraft des Publikums ist wie abgeschnitten; die Ernährung erschwert solche gewaltigen Summen, daß für Anders kein Geld mehr übrig bleibt; andere wieder, die über genügend Mittel verfügten, haben sich schon im Sommer auf lange Zeit mit Ware eingebaut. Jetzt versuchen die Geschäfte durch lockende Angebote und Inventurverkäufe wieder die Kaufkraft zu wecken. Auch in den sinkt so beschaffen und geschäftlich ganz überfüllten oberbayerischen Winterportvillen wird über mangelnden Besuch geklagt, und davon ist nicht nur der laue, feuchte Winter schuld — im Winter, der bei den herrschenden Dolk- und Kohlenpreisen als ein Nothjahr erscheint — sondern immer

**Ministergesetz und Verfassungswidrigkeit der Beamten und Lehrer.**

Abg. Pöschel (D. Sp.) wendet sich gegen den Antrag des Ausschusses, nach dem es hinsichtlich der Richter bei dem ordentlichen Verfahren und der Mitglieder des Oberverwaltungsgerichtes beim Altersgrenzen gesetz für Richter vom 18. Juli 1922 verbleiben soll. Mit den obigen Bestimmungen sei seine Partei einverstanden. Er beantragt die Herabsetzung des Entwurfs an den Rechtsauschuss.

Abg. Bömer (Dem.) erklärt, daß seine Partei in der Hauptsache mit dem Entwurf nicht einverstanden sei, aber über Einzelheiten im Austausch reden werde.

Abg. Dr. Lehne (Dem.) meint, daß Gesetz sei notwendig im Interesse der Beamten und des Staates.

Minister Lipski verteidigt die Regierungsvorlage.

Abg. Gaus (Soz.) begrüßt namens seiner Partei den Entwurf. Hiermit wird der Entwurf an den Rechtsauschuss verwiesen.

Es folgt dann zur Beratung der Gesetzentwurf über die Anglisten. Er wird gegen die Bedenken der nichtsozialistischen Parteien an den Rechtsauschuss verwiesen.

Die Vorlage über eine Ergänzung des Nebenbesoldungsgesetzes wird nach einem launigen Vortrag des Abg. Kellfeld (Dem.) über die bildende Kunst, die Kermaleret und die verschiedenen anderen Punkte an den Rechtsauschuss verwiesen.

Die Vorlage betreffs der Übernahme von zwei Punkten des Aufschubbedarfes der Deutschen Bäckerei in Leipzig auf den Staat findet die ungeteilte Zustimmung aller Fraktionen. Es sprechen dafür die Abg. Bömer (Dem.), Schiffmann (D. Sp.), Heberich (Komm.) — der aber ein Ausschlußrecht des Staates will — und Claus (Dem.).

Wirtschaftsminister Hellwig erklärte, es sei zu erwarten, daß das Patenamt häufig zugunsten des Staates ausfallen werde. Das Reich werde mit beträchtlichen Mitteln in die Unterhaltungsanstalten einziehen.

Das Haus stimmt der Vorlage einstimmig in Schlussberatung zu. Ebenfalls in Schlussberatung angenommen wird die Vorlage zur Übernahme einer Staatsbürgerschaft für eine Obligationenleihe im Betrage von 50 Millionen Mark, die die technische Abteilung des Reichsamtes für die Maßeinheiten in Leipzig haben will.

Abg. Heberich (Komm.) stimmt der Vorlage zu.

Abg. Heberich (Komm.) bezeichnet es als nicht richtig, daß hier die Regierung die Enteignung eines sächsischen Besitzes und seine Überführung in die Hand des privaten Kapitals unterzieht. Der Stadt Leipzig müsse aufgegeben werden, das Geschäft selbst zu machen. Seine Partei lehne deshalb die Vorlage ab.

Wirtschaftsminister Hellwig betont, es handle sich hier um eine rein wirtschaftliche Angelegenheit. Stadt und Staat hätten blinden Einfluß auf das Unternehmen. Es gehe nicht an, jedes wirtschaftliche Unternehmen nur deshalb zu unterstützen, weil das Privatkapital dabei verliere.

Abg. Dr. Lehne (Dem.) tritt warm für die Leipziger Sache ein. Das Leipziger Reichamt sei gar kein wirtschaftliches Unternehmen und keine Erwerbsgesellschaft.

Auch Abg. Kubler (Soz.) betont die Notwendigkeit der Unterstützung der Leipziger Sache im Interesse der Arbeiterschaft. Das die Leipziger Sache Arbeitslosigkeit befürge, gehe daraus hervor, daß auch die Sozialregierung jetzt den Weg zur Messe in Leipzig gefunden habe.

Die Bürgerstimmengruppe wird gegen die kommunisistischen Stimmen genehmigt.

Abg. Dr. Herrmann (D. Sp.) begründet die Anfrage seiner Fraktion über den Fall Bartholomeus. Am 11. Oktober erließen eine Erklärung des Bürgerverbandes Annaberg gegen die Erlasse des Kultusministeriums. Diese seien verfassungswidrig und parteipolitisch. Die vorgelegte Behörde des Annaberger Studienrates Bartholomeus erhielt vom Ministerium die Anweisung, da dem Ministerium bekannt geworden sei, daß B. Vorsteher des Bürgerverbandes Annaberg sei, solle B. befragt werden, ob er der Verfasser jener Erklärung sei. Bartholomeus behalte seine Verfasserschaft und wurde daraufhin ohne Disziplinarverfahren und ohne Strafverfahren seines Amtes enthoben. Das steht im Widerspruch zu Artikel 118 der Reichsverfassung.

Unterrichtsminister Reichner: Nach Art. 118 dürfen die Beamten nicht bestraft werden, ihre Meinung zu äußern, aber in den Schranken ihrer Dienstpflichten, die für Beamte gesetzlich bestehen. Bartholomeus hat von „verfassungswidrig“ und „sozialdemokratisch“ gesprochen. Er hat seine Amtspflicht verletzt, indem er die dienstlichen Erlasse nicht nur abfällig kritisierte (dagegen wäre nichts einzuwenden), sondern als verfassungswidrig bezeichnete. Er ist nur vorläufig von seinen Diensten ferngehalten worden, um eine Beeinträchtigung seiner Schüler im Sinne seiner Veröffentlichung zu verhindern. Es ist offene Aufregung gegen Gesetz, Verordnung und gegen die Regierung. Es ist gefordert worden, wer Bartholomeus angeht hat. Man erhält in Annaberg überall ein Urteil über Bartholomeus. Wir haben niemanden beauftragt, Bartholomeus zu beschützen. Wenn der Beamte außerhalb des Amtes im Innern was er will, dann führt das zu unbilligen Folgen. Sie haben andere Auffassung von

viele Punkte der Reichsverfassung, aber man muß berufen, sie zu schützen.

Abg. Großmann (Dem.): Auch gegen mich in meiner Eigenschaft als Lehrer ist man mit Verharmung und Anzeigen an das Ministerium vorgegangen. Obwohl die Beschuldigungen erhaben sind und abgetan werden müssen, hat das Ministerium trotzdem Erörterungen gegen mich veranlaßt.

Abg. Dr. Heigel (Dem.): Der Fall Bartholomeus hat im oberen Verwaltungsbezirk hervorgehoben. Bartholomeus hat lediglich unehrenhaft gehandelt, und wenn er sich auch im Ausdruck vergriffen hat, so darf doch diese Handlung kein Anlaß zur vorläufigen Amtsenthebung sein. Wir fordern Aufhebung der Amtsenthebung Bartholomeus. Geschicht hat nicht, würden wir dem geplanten Gesetze über die Dienstpflichten der Beamten sehr mißtrauisch gegenüberstehen.

Abg. Weidel (Soz.): Man will mit der Anfrage nur dem Kultusminister ein Versehen. Unter Kultusminister bed. waren die Lehrernormen an der Tagesordnung, ohne daß die Rechte dagegen eingeschritten wäre.

Abg. Dr. Müller (D. Sp.): Es handelt sich hier um Symptome einer Krankheit, die wir bekämpfen müssen. Wenn wir jetzt zu einer gewissen Berichtigung in der Beamtenfrage kommen, so kann das noch lange ungenügend auf den Staat einwirken. Der Kultusminister hat uns nicht klar erklärt, was nach seiner Meinung der Beamte tun und sagen darf. Eine sachliche Kritik wolle er ertragen, aber nicht den Ausdruck verfassungswidrig. Wie soll man die Religionserzelle sachlicher kritisieren als dadurch, daß man sie als verfassungswidrig bezeichnet. Damit ist doch noch nicht einmal gesagt, daß sie sachlich verfassungswidrig seien. Die Bitte um Weidankfreiheit richtet sich heute nicht an einen König, sondern an einen demokratischen Minister.

Kultusminister Meißner: Heute wird viel Gebrauch gemacht von der Meinungsfreiheit. Hier handelt es sich aber um die öffentliche Aufforderung zur Überreizung staatlicher Verbotsanstalten. Von der Regierung aus geschieht nichts, was auch nur entfernt als Spitze ausgelegt werden kann. Es handelt sich hier insofern nicht um Suspensionen, als B. sein volles Gehalt bezieht. Nach dem Staatsdienengesetz hat der Beamte keinen Anspruch auf Verwendung.

Abg. Dr. Herrmann (D. Sp.): Man konnte B. entweder suspendieren oder man konnte ihn absetzen. Ein Drittes gibt es nicht. Wer für die Republik Liebe im Volk werben will, der muß für Verfassungsfreiheit eintreten.

Es ist ein Antrag Dr. Herrmann (D. Sp.) eingegangen folgenden Inhalts:

Der Landtag wolle beschließen, daß die Antwort des Kultusministers als nicht befriedigend zu erachten ist. Der Antrag wird mit 27 Stimmen der Linken gegen 22 Stimmen abgelehnt.

In gemeinsamer Beratung kommen die kommunisistischen Anträge auf Einführung unentgeltlicher Schulplätze für Kinder Minderbemittelter, auf ärztliche und zahnärztliche Untersuchungen der Schul Kinder und auf Beihilfen zur Ausstattung der Schulkindern mit Kleidern und Büchern.

Abg. Schneller (Komm.) begründet die Anträge ausführlich mit der allgemeinen Schilberung des leider nur zu bekannten heutigen Unterrichtsstandes der Schul Kinder. An dem Kinderelend ist die bürgerliche Gesellschaft schuldig und ihr: Ausbeutung. Nur eine Arbeiterregierung, die sich auf die Arbeiter in den Betrieben stützt, kann Abhilfe schaffen. Wir verlangen, daß die Kosten der Maßnahmen als soziale Abgabe auf die Schultern der besitzenden Klassen gelegt werden.

Fr. Abg. Dr. Erdwip (D. Sp.): Abg. Schneller behauptet, aus bürgerlicher Seite sei kein Verständnis für die Not der Kinder. Das ist nicht der Fall. Die private Liebessätigkeit bringt ungeheure Summen auf.

Frau Abg. Schilling (Soz.): In vielen Städten befehlt die freie Schulverwaltung die großen Ausgaben, die die Durchführung der Anträge erfordern, können weder die Gemeinden noch die Eltern tragen. Reich und Staat müßten da einziehen. Die kommunisistischen Vorschläge in Rußland besser zu kennen als die deutschen, sonst müßten sie wissen, welche katzenhafte Zahl Wohlfahrtsanstaltungen für Kinder wir haben.

Nach weiterer Aussprache wurden die drei Anträge an den Haushaltsauschuss A verwiesen.

### Bermischtes.

**Durchsichtige Familienverträge.** In Begleitung bei Halberstadt hatte sich, wie dem „Berl. Vol.-Anz.“ von dort gemeldet wird, in letzter Zeit der Fabrikarbeiter Krupke dem Tranz ergeben. Das führte häufig zu Streit mit seiner Familie, zumal sich seine vier Töchter gegen seinen Willen dem Schneiderberuf gewidmet hatten. Als er gestern nach Hause kam, gab es wieder Streitigkeiten, in deren Verlauf Krupke die Drohung ausließ, er werde seiner Frau den Hals durchschneiden. Er ergriff auch ein Schlachtmesser und schied damit blindlings um sich, wobei die Frau hielten, sondern daß die Einzelne erst eine Ertrungenschaft höherer Kulturen war. Diese Annahme ist heute als falsch erwiesen, wie Hans Pflücker in einem der Familie bei den Naturwissenschaftern gewidmeten Aufsatz der Zeitschrift „Deutscher Pflücker“ auseinandersetzt. Das Mutterrecht steht nicht am Anfang menschlicher Gesellschaftsbindungen, sondern ist erst eine Folge sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung. Das ergibt sich aus dem Studium der primitiven Kulturen, die wir heute noch beobachten können. Nirgends auf dem Erdenrund gibt es Völker, die in Ehelosigkeit leben, und zwar ist es die Ehe auf patriarchaler Grundlage, die am Anfang der Geschichte steht, so wie sie auch heute noch herrscht. Die in ihrer sozialen Struktur am höchsten stehenden Jäger- und Sammler-Völker, die Wedda auf Ceylon, die Pygmäen-Völker Afrikas, gewisse australische Stämme und indonesische Indianerstämme leben in solcher Ehe. Jedermann hat nur eine Frau, Ehebruch wird schwer bestraft. Diese Monogamie der primitiven Völker ist nun freilich nicht in erster Linie durch sittliche Gesichtspunkte bestimmt, wie die unsere, sondern wird durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gefordert. Die Jagd mit Pfeil und Bogen ist in diesen Umständen ein mühseliges Gewerbe, indem die Tiere häufig bis zur Ermattung verfolgt werden müssen. Ein Mann kann daher beim besten Willen nicht mehr als eine Frau mit Pfeil verfolgen. Ebenso hat die Frau große Sorge, um die erforderliche Nahrungszusammensetzung zu bringen. Sie ist infolge ihrer Natur und durch die Kinder nicht so beweglich wie der Mann, ist die Schützerin des Feuers, das sie nie ausgeben lassen darf und wie ein Hausier tüte. So wird sie zur Erbin des Hausbienes und der Lebensart, auch zur Erbin des Pflanzenbaues, den sie mit dem Grabmal und mit der Erde befreit. Durch diese Stellung der Frau als Mittelpunkt des Hauses wächst ihr Ansehen immer mehr; sie wird zum maßgebenden Teil der Familie, und nun erst bildet sich das Mutterrecht heraus, das man früher an den Anfang der Entwicklung stellte. Die moderne Völkerkunde hat also auf Grund eines reichen Tatsachenmaterials aus dem Familienleben der Naturvölker festgestellt, daß jede Hochkultur, von der man früher behauptete, etwas Unmenschliches in sich zu haben, den menschlichen Natur und Lebensweise entspricht. Die Grundlagen menschlicher Eheformen bilden die Ehe, aus der sich erst durch wirtschaftliche und soziale Veränderung andere Eheformen, wie Polygamie und Bigamie, entwickeln.

### Kunst und Wissenschaft.

Am Anfang war die Ehe... Die wissenschaftliche Aufklärung von den Urformen des Familienlebens ist lange von dem Glauben an das Mutterrecht befreit worden, von jener Form der Gesellschaft, in der die Frau im Mittelpunkt der Familie steht, die Kinder aufzieht und der Mann der Wirtschaft huldigt. Man nahm also an, daß die Männer ursprünglich nicht einer einzigen Frau die Ehe

und eine zu Hilfe eilende Tochter schwer verletzt wurden. In ihrer Bergung ergriff die Frau den Revolver des Totenden und auf ihn mehrere Schüsse ab, die den Mann sofort töteten.

Ein deutsches Motorboot untergegangen. Das deutsche Motorboot „Belmat“ aus Lübeck ging in der Nacht zum Montag an der schwedischen Küste bei Sandhamn unter. Die gesamte Mannschaft von 6-7 Mann ist ums Leben gekommen. Der Dampfer „Westsand“ aus Schweden lief bei Strandhals. Die Besatzung von 8 Mann wurde gerettet.

Ein deutscher Dampfer gesunken. Das Antwerpen wird gemeldet: Ein deutscher Seemannsboot ereignete sich um Mitternacht in dem Scheldedeich im Bezirk Kalkreue zwischen dem aus Hamburg kommenden deutschen Dampfer „Kappa“ der Deutschen Dampfschiffahrt und dem italienischen vom Lloyd Royal Belg als Fischdampfer gebaarten Dampfer „Ugonalanga“. Die „Kappa“ (mit 2000 PS) ihrer Besatzung gelang es nicht zu retten. Der Dampfer „Ugonalanga“ ist vollständig eingetrocknet. Es wird für unmöglich gehalten, den Dampfer „Kappa“ wieder flott zu machen; man wird das Boot wahrscheinlich mit Dynamit sprengen müssen.

Die Durchquerung der Sahara. Soeben ist es, wie aus Paris gemeldet wird, gelungen, die Sahara im Kraftwagen zu durchqueren; eine französische Expedition ist auf Hauptpostern in Timbuktu eingetroffen. Nach dem neuen Erfolg der Hauptposten scheint es möglich, durch die Sahara eine Flugverbindung zu legen; sie soll, wie es heißt, vom Schiffsbau des Atlas von Ostron nach Timbuktu führen und die über 20.000 Kilometer lange Strecke soll durch eine Hauptpostenlinie, die die Sahara in östlicher Richtung durchquert, unterteilt werden; in Zwischenräumen würden Hauptpostenstationen eingerichtet, die mit den Flugzeugen telegraphisch verbunden wären, so daß die Kraftwagen jederzeit zu Hilfe gerufen werden könnten.

Brandunglück auf einem Rittergut. Ein großes Brandunglück entbrach auf dem Rittergut „Wahnon“ in der Westprovinz. Dort brannte ein Schafstall nieder. In den Flammen kamen über 600 Schafe um. Ritterbrannt sind große Heu- und Strohvorräte. Der Schaden ist unüberschaubar. Man vermutet Brandstiftung. Durch den Brand wurden zwei Personen, ein Mann und eine Frau, unter dem Verdacht der Täter- oder Mitschuldhaft verhaftet.

Hohe Geldkraft weckt Steuerhinterziehung. Vom Finanzamt Eutingen ist gegen den Viehhändler Albert Strauß aus Eutingen eine Geldstrafe von 2.725.900 Mark wegen Verstoßes gegen die Einkommensteuer und 820.000 Mark wegen Verstoßes gegen die Vermögenssteuer, insgesamt also 3,5 Millionen Mark, verhängt worden.

Arbeiter, die nie gekreuzt haben. In New York hat, wie das „W. R. N.“ berichtet, ein Fabrikarbeiter namens Henri A. die seinen Angehörigen eine große Stütze gemacht, die an die Liederlichkeit der Weltwerke in Jena an die Arbeiterschaft des Wertes erinnert. Herr H. ist ein 73 Jahre alter Herr, der vor dreißig Jahren als Kasse nach den Vereinigten Staaten von Amerika kam und dort eine Fabrik gründete, in der auch für Uniformen hergestellt wird. In der Fabrik werden jetzt 400 Angestellte beschäftigt. Herr H. war bisher Eigentümer der Fabrik und hatte sich selbst ein jährliches Gehalt von 18.000 Pfund ausgesetzt. Er bleibt auch fern an der Spitze stehen, läßt sich aber nur noch ein Jahresgehalt von etwa 25.000 Pfund auszahlen, das heißt also ein Schein-gehalt. Im übrigen hat er seinen Angehörigen das Eigentum an der Fabrik übergeben, wobei er geltend machte, daß die Angestellten ihre Lebenskräfte seinem Unternehmen gewidmet und ihm mithelfen hätten, ein Vermögen zu erwerben und daß ihnen deshalb eine andere Entlohnung zuzukommen als die Zahlung des üblichen Gehaltes. Die Angestellten wählten ein Direktorium, dem außer Herrn H. fünf erprobte Angestellte angehören. Dem Direktorium wird ein Betriebskapital von 60.000 Pfund überwiesen, das im Laufe der Zeit aus dem ersten Gewinn an die Arbeiter zurückzahlen werden soll. Jeder der Angestellten, der im Betriebe länger als drei Jahre beschäftigt war, erhält Anteile aus dem Unternehmen, die von 100 Pfund bis zu 700 Pfund entsprechend der Länge der Dienstzeit wechseln. Diese Anteile sollen ebenfalls zurückbezahlt werden, und zwar ebenfalls aus den Dividenden, die jährlich verteilt werden. Herr H. hat schon immer mit seinen Arbeitern in gutem Verhältnis gestanden, und er war stolz darauf, daß sein Betrieb wohl der einzige in Amerika ist, in dem die Angestellten noch niemals gestreikt haben. Die jetzige Stiftung ist der Dank dafür.

## Die Siegerin.

Roman von Hans Schult-Gorau.  
66. Fortsetzung.

„Du bist von vornherein mit allem einverstanden, was die für dich bedeuten“ war die Antwort: „Daneben die Blitze ganz nach Ihrem Ermessen!“

Herr Hermann erhob sich.  
„Ich danke Ihnen für Ihre Vertrauen, Fräulein Lotte! Schon morgen sollen die beiden Anwälte von Ihrem Entschluß verständigt werden! Jetzt aber darf ich wohl um Urlaub bitten. Heute abend ist eine Premiere im Wehnd-theater, zu der ich vom Autor selbst Biletts erhalten habe; die möchte ich mir nicht gern entgehen lassen!“

„Sie waren bei den letzten Worten aus der Erklärung des Salons herausgetreten und haben jetzt noch einmal unter dem Kronleuchter am Mittelstück.“  
„Was wird denn heute im Wehndtheater gegeben?“ fragte Lotte lebhaft.

„Die Siegerin, der erste dramatische Versuch von Kurt Maschus! Der Dichter ist Ihnen ja auch bekannt! Er vertrieb früher doch viel in Ihrem Hause.“  
Lotte nickte mechanisch.

„Ja, die Siegerin von Kurt Maschus!“ wiederholte sie dann wie gedankenschweifend.

„Ich traf Maschus gestern zufällig auf der Friedrichs-straße!“ fuhr der Produzent lebhaft fort. „Er besaß eine ganze Strecke und wir haben viel von einem jungen gesprochen! Natürlich auch von Ihnen und Ihrer Familie! Maschus fragte nach allem, wie es Ihnen stiege, wann Sie Hochzeit machen und so fort! Schließend lud er mich zu seiner Premiere ein und er hat mir heute früh auch richtig zwei Biletts geschickt!“

Doch ich verschmähe Ihnen auch Ihre beste Zeit, während Sie an hundert Stellen wahrscheinlich notwendig gebraucht werden. Also, Fräulein Lotte, nochmals meine herzlichsten Glückwünsche! Ich werde Ihre am Montag im Kreise gedenken!“

„Die Siegerin von Kurt Maschus.“  
In einem plötzlichen Schauer hob Lotte die Hände und preßte sie gegen die stehenden Schürzen, in denen sich die Gedanken jagten, rasend und hektisch.

„Jetzt erst, da sie wieder in ihrer Erklärung sah, bemerkte sie, wie müde und zerklüftet sie eigentlich war.“  
Wohin zielgerichtet hing die die wieder vom Körper herab; zu jeder Bewegung mußte sie sich mit einer fast schmerzhaften Willensanstrengung aufzusammeln.

Auf einmal stand sie wieder so vollständig im Banne der Vergangenheit, als sei die ganze qualvolle Zeitspanne des letzten Jahres mit einem Schlag auf der Tafel ihrer Erinnerung ausgelöscht worden.

## Heftiger Dollarkurs (amtlich): 18154 Mark.

Der Dollar als „Verkaufsgeld“. Wenn man in Kanada die Stabilität einer Währungsformel betrachtet, so wird man sich als einen der besten Kenner der Welt fühlen. Ein anderer Punkt hat einen kleineren Anteil daran, ob etwas ein Geschäft ausfällt oder nicht. Da es sehr schwer ist, so hat man die Natur der Sache mitzudenken, und es ist durch nichts dazu zu bewegen, einen Weg zu beschreiten, der ihm nicht vollkommen über sich selbst. So hat der Dollar einen ungewöhnlichen Sondercharakter in sich entwickelt, der ihn davon abhält, seinen Fuß auf einen anderen als seinen Boden zu legen. Parallel wurde diese Stabilität des Dollarkurs bei einem Streitfall in England ausgenutzt. Bei dem von einer Automobilfrage anhängt der Dollarwert zweifel, daß der Boden die schweren Kraftwagen ausfallen würde. Der Dollarwert ließ sich darauf fünf Dollars von einer bestimmten Menge aus und trieb sie in die Höhe. Ohne das geringste Bögen stampfen die gewaltigen Tiere in den Raum hinein, und diese lebendigen Gewichtsträger, die fast 28 Tausend schwer waren, brüllten die Festigkeit des Bodens auf die unerschütterliche Weise.

Eine Silberkassensammlung. Die Verwaltung der kanadischen Fuchsjagd setzte sich in glänzender Weise in einer Ausstellung, die kürzlich in Toronto stattfand und auf der 30 der schönsten Silberfische der Welt zu sehen waren. Obwohl die Lage der märchenhaften Preise für lebende Fische vorher nicht, stellten die 300 hier gesammelten Fische doch einen Wert von mehr als einer halben Million Dollars dar. Einer dieser Fische, die alle das Ergebnis einer langwierigen Jagd waren, wies für weniger als 1000 Dollars verkauft werden; man möchte denken, daß man die Fische für 5000 Dollars und mehr bringen. Aus diesem Anlaß bieten amerikanische Blätter einen Überblick über die erstaunliche Geschichte dieser Fuchsjagd-Industrie, die in wenigen Jahren herangebrückt ist. Vor 15 Jahren fing der Sohn eines Farmers in Georgian, Ontario, kleine Forellen, ein paar gewöhnlicher wilder Fische auf dem Gut seines Vaters und wollte sich von ihnen trotz des Widerspruchs seiner Eltern nicht trennen. So wurden diese Tiere der Grundstock der größten Fuchsjagd in Ontario, die jetzt 35 hervorragende Juchtiere auf die Ausstellung schicken konnte. Die eigentliche Heimat der Fuchsjagd wurde dann die kleine kanadische Provinz Prinz Edward-Insel. Hier in der Abgeschiedenheit des kleinen Landes gedieh die Kunst der Fuchsjagd zu einer großen Industrie heran, die jetzt in Ontario, Quebec, New Brunswick, Newfoundlands, in Michigan und verschiedenen anderen Staaten der Union gepflegt wird. Man schätzt den Wert der auf der Prinz Edward-Insel befindlichen Juchtiere auf 6 Millionen Dollars, und die Gewinne, die die Juchter auf der Insel abwirft, belaufen sich auf 2-3 Millionen im Jahr. Im Ganzen gibt es gegenwärtig 74 Fuchsjäger in Kanada, von denen 758 sich mit der Jagd von Fischen beschäftigen, 12 mit der von Foren, 9 mit der von Wangschäben, 3 mit der von Warberer, 2 mit der von Sturms, 3 mit der von Bibern, ebenfalls mit der von Blamatten und 4 mit der von Parafischern. Im 1910 letzte die Entwicklung der Fuchsjagd in Kanada ein. Bald verbreitete sich die Kunde, daß verschiedene Farmer damit große Summen verdienten, und nun wollten viele gute Juchtiere haben, deren Preise außerordentlich stiegen. Ein Paar lebende Fische, die 1910 3000 Dollars kosteten, wurden 1913 mit 20.000 Dollars bezahlt, und besonders die Tiere brachten es das Paar bis zu 35.000 Dollars. Gegenwärtig bezahlt man für ein Paar Fuchsjuchter 500 Dollars und mehr. Über 600 solche Paare sind im Jahre 1912 von der Prinz Edward-Insel ausgeführt worden. In der letzten Saison wurden für Fuchsjuchter je nach der Größe 100 bis 150 Dollars gezahlt. Die Anlage einer Fuchsjagd, die etwa 20.000-30.000 Dollars kostet, wenn man mit 10 Paaren beginnt, ist ein einträgliches Geschäft, denn schon nach zwei Saisons ist bei normalem Gange das Geld eingegraben und dem Besitzer ein jährlicher guter Gewinn sicher. Die Fische liegen in kleinen Wäldchen oder Büschen; die Fische werden in Gefangen gehalten, die von elektrifizierten Leitungen umgeben sind; die Juchter gehen 3 Fuß tief in die Erde, um zu verborgen, daß die Fische sich einen unterirdischen Gang zur Freiheit graben. Man hat interessante Beobachtungen über das Leben der Fische durch die Juchterfahrten gewonnen. Das alte Paar bleibt jahraus, jahrein in seinem Bau, wenn die Nahrungsbedingungen günstig sind. Die Jungen, die im März geboren werden, richten sich im Oktober ihren eigenen Bau ein und suchen in der Brunstzeit ein Ehege-

Sie sah sich wieder mit Kurt auf einjamen Spatzgängen durch den stillen Morgenfrieden des Tiergartens. Die wohlbetretenen Gehsteige der „Siegerin“ streifen aus der Gedankenwelt des Dichters vor ihr empor; in bunter Folge reisten sich die Szenen, an denen sie selbst mit so manchem Augen Wort mitgearbeitet hatte, bis aus ihnen der feste Bau der geschlossenen Handlung machvoll herausgewachsen war.

Und durch das verschlungene Rankennetz des Talogs glänzte sie plötzlich das Antlitz des Mannes vor sich zu sehen, der mit seiner Verantwortlichkeit hinter den tragischen Schicksalen seiner Schöpfung stand, und ein großes, abgemessenes Sehen flutete heiß durch ihre ringende Seele. Sie heute wohl des Wunders Woge fallen mochten! Niemand wußte besser als sie, wie Kurt mit seinen ganzen Zukunftsphantasien an dem Schicksal seines Schauspiels hing; zu ungeschätzten Kalen hätte er sich den Verlauf des Premierabend ausgemalt, der ihn aus den Forderungen der Bessenschaffstellers zur Sonnenhöhe des freien künstlerischen Schaffens emporheben sollte. Ob Allen Warten die Rolle der Dichta treieren wüßte?

Unwillkürlich suchte sie Lotte aus den stützigen Bruchstücken ihrer Erinnerungen das Bild der Schauspielerin zu rekonstruieren, deren beständiger Schönheit es einst gelungen war, ihr das Herz des Selbsten zu rauben.

Und zugleich damit regte sie sich plötzlich in ihr ein eiferfüchtes Verlangen die glücklichere Rivalein heute noch einmal von Angesicht zu Angesicht zu sehen und die jetzigen Offenbarungen der Künstlerin zu dechuschen, von deren Kunst vielleicht der Steg oder Untergang der „Siegerin“ abhängig war.

Ein Moment lang dachte sie daran, an Herrn Hermann zu telefonieren und sich das zweite Premierabendbillet auszusuchen, doch schon in der nächsten Sekunde wies sie diese Absicht wieder weit von sich.

Sie wollte heute abend ins Theater gehen, heute, zwei Tage vor ihrer Hochzeit, da ihre Pflichten sie an das Wehndtheater der angereichten Mutter banden.

Mit einer müden Bewegung wendete die Verhasste den Kopf zum Fenster und schaute verblüht in das dunstige Nebelmeer der einsamen Straße hinaus.

Der Wind hauchte in den Faltenfalten des Gitters und warf unheimlich klägliches Regenwasser gegen die trübenden Scheiben.

Tausenden flangen von der Kreuzungstaste der Potsdamer Straße unheimlich die Wogenfronte der Straßenbahn und das dumpf, stöhnende Gauseln, das in rhythmischen Tönen endlos durch das Reg der elektrischen Dampfe zog.

„Hörst du das?“ sprach er dann, in dem ich ein Weibchen anseh. So macht es ihm seine Liebeserklärung, indem es sich weidlich ein paar erregte Antworten an den Eingang des Hauses legt. Kommt das Weibchen die Gabe an, so wird die Ehe geschlossen. Und die Kleinen geboren, dann bleibt das Weibchen im Haus, und das Männchen verbringt all seine Zeit mit Jagen und Wache halten; es verhungert lieber selbst, als daß es Frau und Kinder nicht genügend versorgt und prüft vorher alle Nahrung sorgfältig. Die Nahrung bringt das Männchen an den Eingang des Hauses, in dem das Weibchen die Jungen nährt, ruft es heraus und überreicht sie ihr.

## Neueste Nachrichten und Telegramme vom 17. Januar 1923.

Englische Klammern zum Vorrat der Franzosen.

London. In amtlichen Kreisen ist man den Blättern zufolge überzeugt, daß der Vorrat der Franzosen an Kohlen für die Briten nicht ausreichen wird. Im britischen Kabinett gewinnt die Ansicht ständig an Boden, daß eine endgültige Aktion Englands nicht mehr lange verschoben werden könne.

Die Lebenshaltungskosten in England.

London. Die Kosten des Lebensunterhalts in England betragen gegenwärtig 78 Prozent mehr als vor dem Krieg. Im vergangenen Monat war die Riser 80 Prozent. Die englisch-amerikanische Schuldentilgungskommission.

Washington. Großbritannien soll vorzuschlagen haben, die britische Schuld bei einem Rinsale von 3 Prozent in 60 Jahren zu bezahlen. Die amerikanische Kommission soll für 50 Jahre des sofortigen Zahlungsaussetzens eintreten.

London. Neuer meldet aus Washington: Der britischen und amerikanischen Schuldentilgungskommission ist es geblieben nicht gelungen, ein Uebereinkommen zu erzielen. Die weiteren Beratungen wurden auf Donnerstag verschoben. Die britischen Vertreter erliefen inzwischen telegraphisch um weitere Instruktionen.

## Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Das Schiff eines ehemaligen kaiserlichen Dampfboots. Vor einiger Zeit wurde ein zur persönlichen Benutzung des Kaisers in Kiel legendes Dampfbboot, das nach während der Aker Woche auf der Hildkade erschien, für 250.000 Mark an eine Hamburger Firma verkauft unter der Bedingung, daß es abgebaut und zerlegt werden sollte. Dies geschah jedoch nicht. Nachdem das Schiff, die „Aulda“, verschiedene Male ihren Eigentümer gewechselt hatte, wurde sie für nahezu 6 Millionen Mark an zwei Amerikaner verkauft, die mit dem Frankfurter Staat machen wollten. Beim Verladen des Bootes im Bremer Hafen wurde der Reichswasserfahndungsamt auf die „Aulda“ aufmerksam und legte die Hand daran. Die nicht ohne ahnenden Dankes haben Geld und Schiff im Stich gelassen und sind verschwunden. Der ursprüngliche Käufer, der die übernommenen Verpflichtung nicht innehalten hat, wird zur Rechenschaft gezogen werden. Die „Aulda“ liegt jetzt im Hamburger Hafen.

Der kommunistische Abgeordnete. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Bogemeister 4. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Bogemeister, der Steinbrücker in München war, ist jetzt in der Strafanstalt Heberichsheim einem Verbrechen erlegen. Bogemeister, der in der Märzzeit eine große Rolle gespielt hatte und die Errichtung der Bayerischen Republik in Bayern durchsetzen wollte, war wegen dieser Verbrechen zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden. Der Nachfolger Bogemeisters im ungeschickten Landtag ist der Stimmenzahl nach der Herr Herr Josef Menden.

Teuerungszuschläge für Kriegsernter. Der Reichsrat stimmte dem 10. Nachtrag zum Etat für 1922 zu mit der vom Reichsausschuß angenommenen 6. Verordnung über die Erhöhung der Teuerungszuschläge und der Einkommensgrenze im Reich über Teuerungszuschläge für Kriegsernter. Die Verordnung ist von dem Reichsausschuß in mehreren wesentlichen Punkten gegenüber der Entwurfsfassung abgeändert worden. Die Zuschläge für die Kriegsernter werden erhöht. Ebenso ist der Prozentfuß der Nachzahlungen auf 25 Prozent erhöht worden.

Die Rohstoffwirtschaftliche Berlin hat den Handel mit Steinkohle bis auf weiteres verboten. Die Abgabe von Steinkohle bis nur auf besondere Anweisung des Rohstoffamtes Berlin erfolgen.

Die neuen Teuerungszuschläge für Beamte. Der Haushaltsausschuß des Reichstages genehmigte in seiner

Sitzung. Und noch immer waren Käse und Schmeltau nicht herangezogen.

In unruhiger Spannung ging sie nach dem Zweikammer hinüber und suchte hier nach irgend einer Handarbeit.

In diesem Augenblick wurde die Tür zum Eintreten ungestört aufgerissen und Harry Laubon trat ein; er war noch in Hut und Mantel; eine dunkle Röde brannte auf seinem glattrasierten Gesicht, und eine veraltete Crengung flackerte in den grauen, unklaren Augen.

„Sein unerwartetes Erscheinen wirkte auf Lotte so lähmend erschütternd, daß sie sekundenlang wie versteinert stand und kaum ein Wort der Begrüßung herauszubringen vermochte.“

„Verzich, lieber Kind, daß ich hier so formlos einbringe.“ sagte Harry kalt, „aber ich fand die Wohnungstür offen. Und dann führt mich ein Anfliegen zu dir, das keine Minute Aufschub duldet!“

Die Worte überströmten sie mit einem Stößen, sein Atem floß; als er jetzt den Hund auf einem Stuhl stellte, zitterte seine Hand so heftig, daß der glänzende Sedenhut fast auf die Erde herabgerollt wäre.

„Schmeltau war vor einer Viertelstunde bei mir!“ stieß er dann ruckweise hervor. „Du weißt natürlich, weshalb.“ — Die Hochzeit soll verschoben werden. — Da hab ich mich in mein Automobil gesetzt und bin herübergerast. Das du bist nicht!“ beach er plötzlich wie sinnlos aus. „Niemals gebe ich eine solche Verschönerung zu! Das Ganze ist nur eine Finte, ein Komplott.“ —

Seine Stimme überschlug sich; mit geballten Fäusten suchte er drohend in der Luft herum.

„Wer ist hier der Herr? Ich oder der Hungerleider von Dillier? Die Hochzeit wird am Montag stattfinden! Ich lasse mich nicht vor ganz Berlin blamieren! Ich will doch leben, wer sich meinem Willen widersetzen wird!“

Und er schleuderte einen eisernen Behälter, auf den er sich bis dahin gestützt hatte, mit einem Fuhrtritt so wuchtig beiseite, daß der schwere Stuhl laut krachend auf den Parkettboden schmetterte.

Mit einem verächtlichen Achselzucken ging Lotte an dem Totenden vorbei.

Das maßlose Wesen des Bekümmerten hatte ihr plötzlich ihre ganze Ruhe und Liebesgier wiedergegeben. „Ich muß doch dringend ersehen.“ sagte sie, „dein Temperament etwas zu zügel!“ Andernfalls betrachte ich diese Unternehmung als beendet! Vor allem verbiete ich mir Beschimpfungen, wie du sie solchen gegen ein zukünftiges Mitglied meiner Familie bestrafe hast!“

„In solcher Gelassenheit sah sie Harry in das trampelnde Gesicht.“

vorherigen Sitzung, wie schon gestern erwähnt, den 9. und 10. Nachtragset zum Haushaltsplan für 1923, der die Teuerungsausfälle und Frauenauslagen für Dezember 1922 und Januar 1923, wie bekanntgegeben, regelt. Vom 19. Januar beträgt der Teuerungsausschlag 800 v. H., die Frauenauslage monatlich 5000 Mark. Ferner wurde den Vorlägen des Reichsausschusses (Kriegsbeschädigte) entsprechend die Zustimmung zu einer letzten Verordnung über die Erhöhung der Teuerungsausfälle und der Einkommenssteuer im Gesetz über Teuerungsausfälle für Militärrentner erteilt, die im allgemeinen eine Verdoppelung der für Dezember genannten Teuerungsausfälle bedeutet.

**Ein neuer Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie.** Am 13. Januar ist der auf der Bremer Vulkan-Werft erbaute Dampfer „Dehen“, der eine Tragfähigkeit von 11 600 Tonnen hat und 12 Knoten fährt, von der Hamburg-Amerika-Linie übernommen worden, um im Südamerikadienst der Gesellschaft Verwendung zu finden. Der Dampfer, der vornehmlich für den Frachtdienst bestimmt ist, vermag auch eine beschränkte Anzahl von Passagieren in behaglichen Kammern zu befördern.

**Republik Österreich.** **Lothkauf in der Metallindustrie.** Da die Verhandlungen in der Wiener Metallindustrie über einen Lothkauf, wie die Blätter melden, ergebnislos verliefen, hat der Industrieverband beschlossen, ab 17. Januar einen 15%igen Lothkauf einzutreten zu lassen. Trotz Anerkennung der schwierigen Lage der österreichischen Industrie lehnen die Arbeiter diesen einseitigen Beschluß ab und bestehen auf Festsetzung des Lothkaufes im Einverständnis mit den Arbeitgeberorganisationen.

**Amerika.** **Die Gefahr eines neuen Bergarbeiterstreiks.** Nach einer Voraussage aus New-York befürchtet man einen neuen Bergarbeiterstreik für den 1. April. Der New-York Times wird jedoch berichtet, die Kohlenkommission glaube an einem Einvernehmen gelangen zu können, das jede Streitgefahr beseitigen werde.

**Wirtschaftswirtschaftliches.** **Vom Geldentwertungsgesetz.** Die bisherigen Beschlüsse des Finanzpolitischen Ausschusses des R. W. N. zum Geldentwertungsgesetz haben den Regierungsentwurf in den Hauptzügen unverändert gelassen. Bel dem Tarif für die erste Vermögenssteuerveranlagung wurde dem ausnahmsweise niedrigeren Tarif zustimmend. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums betonte, daß die Finanzämter sich an den Bewertungsrichtlinien halten werden, da ihnen sonst jeder Inhalt fehle. Auch beim Erbschaftsteuertarif wurden die Höhe der Vorlage beibehalten, besonders bei Erben über 3 Millionen Mark Steigerung nur um 10 Prozent statt bisher 20 Prozent, sodann die Steuerfreiheit für Hausrat auf Eltern und Geschwister neben Ehegatten, Kindern und Enkeln und die Freigrenze für erwerbsunfähige Erben auf 1 Million ausgedehnt. Die Stempelabgabe wurde für je 1000 Mark der Wechselsumme auf 1 Mark (Entwurf 2 Mark) festgesetzt, weil der Warenumsatz schon durch die Umsatzsteuer

hoch belastet ist. Die steuerliche Behandlung der Wechselungen und Abrechnungen wurde nach längerer Aussprache einem Arbeitsausschuß zur Ausarbeitung von Vorlägen im Einvernehmen mit den Vertretern des Reichsfinanzministeriums überwiesen. Die Aussprache über die Bewertung der Wertpapiere in 3 Erbschaftsteuergesetz blieb ergebnislos. Eine Lösung soll in der zweiten Sitzung der Vorlage gefunden werden. Die Verhandlungen werden am 18. Januar 1923 fortgesetzt.

**Handelsabkommen mit Spanien.** In Madrid ist ein vom 14. Januar d. J. bis zum 28. Februar d. J. einschließlich gültiges provisorisches Handelsabkommen zwischen der deutschen und der spanischen Regierung abgeschlossen worden. Durch dieses Abkommen wird deutschen Waren wie bisher die Anwendung des Voraussetzes der Kolonne 2 des spanischen Zolltarifs, allerdings unter Erbedingung des sogenannten Valutazinslaages, gestattet. Es ist beabsichtigt, mit möglicher Beschleunigung mit Spanien neue Verhandlungen einzuleiten, um innerhalb der durch das Protokoll geschaffenen Frist einen endgültigen Handelsvertrag abzuschließen.

**Keine Geschäfte mehr mit französischen und belgischen Firmen.** Angesichts des Vorgehens der französischen und der belgischen Regierung hat der Vorstand des Landesverbandes Berlin und Brandenburg des Reichsverbandes des deutschen Nahrungsmittel-Großhandels e. V. seinen Mitgliedern aufs dringendste empfohlen, keinerlei Geschäfte mehr mit französischen und belgischen Firmen direkt oder indirekt zu machen. Feinerlei Waren mehr mit französischer oder belgischer Währung zu kaufen und mit feinerlei Waren mehr zu handeln, die in französischen oder belgischen Häfen liegen, nach deutschen Unterweg oder dort angelassen sind.

**Der Zuckerpreis.** Wie die „Postische Zeitung“ erzählt, hat das Reichsfinanzministerium erst dieser Tage Beschlüsse, den Zuckerpreis zu erhöhen, abgemittelt. Das Ministerium hat sich dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß gerade angesichts der großen Milchnot der Zucker ein erscheinliches Nahrungsmittel für kinderreiche Familien bleiben müsse. Zunächst also bleibt der Zuckerpreis bis zum 15. Februar wie er ist.

**Margarinesteuern nach Berlin eingekesselt?** Der „Kölnischer Anzeiger“ gibt die Mitteilungen eines Berliner Margariner-Großhändlers wieder, monach die holländischen und rheinischen Margarinfabriken vorläufig die Lieferungen von Margarine nach Berlin eingekesselt haben, weil die Franzosen angeblich Sendungen nach Berlin nicht mehr durchlassen.

**Der Benzolverband Bochum** setzte ab 17. Januar den Kleinverkaufspreis für Motorbenzol auf 1200 M., Flugbenzol II auf 910 M. und Tetralitbenzol auf 1090 M. je kg ab Hauptverkaufsstelle fest.

**Nichtpreis des Stahlbundes.** Vom 17. Januar gelten die folgenden Nichtpreise (Grundpreise) für 1000 kg mit bekannter Frachtrundlage: A. Für Thomas-Phosphorsäure: Rohblende 293 900, Vorblende 327 200, Knüppel 347 300, Platinen 357 300, Formeisen 402 400, Stabeisen 408 000, Universalblech 439 000, Bandblech 487 000, Walzdraht 433 800, Grobblech 5 mm und darüber 457 000, Mittelblech 3 bis unter 5 mm 514 900, Feinblech 1 bis unter 3 mm 586 700, Feinblech unter 1 mm 632 900. B. Für

Stromer-Martin-Handelsbleche: Rohblende 322 200, Vorblende 359 100, Knüppel 381 300, Platinen 392 300, Formeisen 436 700, Stabeisen 441 000, Universalblech 477 800, Bandblech 525 200, Walzdraht 471 200, Grobblech 5 mm und darüber 498 500, Mittelblech 3 bis unter 5 mm 558 500, Feinblech 1 bis unter 3 mm 628 300 und Feinblech unter 1 mm 670 700 Mark.

**Verkehr mit dem besetzten Gebiet.** Aus Düsseldorf wird dem „S. Z.“ geschrieben: In den unbesetzten Gebieten Deutschlands ist in der Bevölkerung, und besonders in den Kreisen der handelsreibenden Firmen allenthalben die Ansicht verbreitet, daß durch die neue Belegung des Ruhrgebietes Beschränkungen und Aufenthalt in dem Rheinland von Waren nach und aus dem besetzten Gebiet entfallen. Ferner ist die Ansicht verbreitet, daß durch diese neuen Belegungen Wirren und Durcheinander auf dem Gebiete des Transportwesens entstehen würden. Diese Ansicht in der Bevölkerung des unbesetzten Gebietes ist falsch. Es bestehen weder Kontrollen noch irgendwelche sonstigen Hindernisse im Rheinland von Waren. Auch bestehen keine Wirren und kein Durcheinander auf dem Gebiete des Transportwesens, weil der gesamte Post- und Eisenbahnbetrieb nach wie vor von deutschen Beamten erledigt wird, während sich die Besatzungstruppen um das private Verkehrsweisen der Post und Eisenbahnen nicht kümmern. Durch die falschen Gerüchte und Ansichten der Bevölkerung im unbesetzten Gebiet entstehen den Firmen im besetzten Gebiet ganz gewaltige Verluste, weil die Firmen im unbesetzten Deutschland mit ihren Aufträgen nach dem besetzten Gebietem infolge der vorstehend bezeichneten Ansichten zurückhalten.

**Marküberblick.** Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 26500-28000, Bild erregt, Roggen, märkischer 23700 bis 24500, Steigend. Sommergerste, märkische 20500-21500, sächsische 19500-20500, Steigend. Hafer, märkischer 20000 bis 21000, pommerscher 19000-20000, Steigend. Mais Wagon frei Hamburg 24000-28000, Steigend. Weizenmehl pro 100 kg 65000-72000, feinste Marken über Rotig bezahlt, Steigend. Roggenmehl pro 100 kg 58000-60000, Steigend. Weizenkleie, Roggenkleie 12500-13000, Steigend. Haas 35000-38000, Steigend. Erbsen, Victoria 40000 bis 41500, kleine Speiseerbsen 33000-34000, Futtererbsen 22000-25000, Lupinen, blaue 19000-20000, Gerstendelle 46000-50000, Rapskuchen 18500-17000, Trockenrüben 7800-8000, Vollwertige Futterrüben 11500-12000, Zerkleinerter 30/70 6200-6500, Kartoffelstodern 12000-12600.

**Spazi.** Am vergangenen Sonntag wählte die 1. Gf in Gröbzig und konnte infolge schlechter Bodenverhältnisse nur ein unentschiedenes Resultat herausziehen. Bei Gröbzig war das Vollerfeld die Verteilung, bei Wf die linke Stürmerseite sowie Mittelfelder die Stille. Beide Mannschaften trennten sich beim Stande 1:1 (0:1). Wf. 2 - Röderau 1:1:2. Wf. 3 - Mügeln 2:1:1. Wf. 4 - Mügeln: Wf. 5:0. Die 1. Gf. führte ein vorzügliches Kombinationspiel vor, so daß das Ergebnis nach überlegenem Spiel verdient war.

### Vereinsnachrichten

**Verein Erzbauer u. Vogelländer.** Sonnabend, 20. d. M., abends ab 7 Uhr, findet im Hotel Söptners Saal unter Führung nur für Mitglieder und deren erwachsene Kinder statt. Zahlreiche Beteiligung erw. Vereinszeichen anlegen. **Nideltag.** Freitag, 19. Uhr Café Räder Markt-Sig. **Chorverein.** Do., 18. Da., 9 Ten., Wah nicht!

### Jagdgenossenschaft Niesla.

Der Jagd- und Fischpacht kommt Sonntag, den 21. und Montag, den 22. Januar unter Vorlegung der Beschlüsse der Versammlung bei Unterzeichnung zur Auszahlung. Nicht abgeholte Gelder fallen der Kasse zu. **Der Vorstand.** **Alwin Thomas.**

### Schneider-Zwangs-Jnnung zu Niesla u. Umg.

Anfertigungspreise (ohne Zutaten) ab 14. Januar: **Sack-Anzug** . . . . . M. 27 000.- **Weste** . . . . . 5 000.- **Dose** . . . . . 6 800.- **Schlüpfer oder Sommerüberzieher** . . . . . 21 000.- **Damen-Kostüm** . . . . . 21 500.- Futter und sonstige Zutaten zum Tagespreise.

### Sportverein Röderau

veranstaltet am **Sonnabend, 20. Jan., im Waldschlösschen** seinen öffentlichen **Maskenball.** **Eintritt 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.** **Eintrittspreise:** Masken 450, Zuschauer 200 M. **Kostüm verleiht bill. Frau Imhof, Sandbergr. 29.**

### Pferde-Verkauf.

Stelle ab Freitag, 19. Januar, einen größeren Transport 4- bis 6-jährig, belgischer und schleswiger **Arbeitspferde** darunter mehrere Zuchtkühe, zum Verkauf. **Albert Dieke, Pferdehdlg., Niesla** **Telefon 330.**

### Kesselschmiede

für Lokomotiv- und Maschinenreparatur bei gutem Lohn für dauernde Arbeit sofort gesucht. **Angebote unter N. 645 an Niesla, Dankschreiben an Bogler, Dresden 1, erbeten.**

### Siebert's Restaurant (Tel. 298).

**Freitag, den 19. Januar** **Nacht-Schlachtfest.** Von 5 Uhr an **Wettfleisch, Bratwurst mit Kraut und Leberwurst.** **H. Vordier.** **Um gütige Unterstüßung bitten** **Paul Siebert und Frau.**

### Parkschlösschen.

**Sonnabend, Sonntag und Montag** **Wohlbierausichau.** **Freitag Anstich.** **H. Vordier.** **Graebenstr. Hermann Voel.**

### Masken-Kostüme

reichende Neuheiten **verleiht zu billigsten Preisen** **Frau Elise Wratzel-Nichter** **Wohlbier Straße 19c III.** **Jeden Posten**

### Kartoffeln

zu Fabrikzwecken sucht gegen sofortige Kasse zu kaufen **Hermann Grimmer, Stadth. i. Sa.** **Telegr. Trodenwert - Telefon Nr. 3 u. 38.**

### Nutzholzversteigerung

auf **Börlner Forstrevier.** **Dienstag, 23. Jan. 1923, von vorn. 10 Uhr an** sollen in **Ödntes Schankwirtschaft zu Frauwalde** ca. 492 St. Hef., 170 St. Hef. Stämme 81 cm Stark **5** . . . . . birz., 8 . . . . . eich. 16.25 **243** . . . . . Hef., 265 . . . . . Hef. Klöber 9.83 **9** . . . . . birz., 8 . . . . . eich. 16.55 **45** . . . . . eich. Stäfelstämme 2.20 m lang aufbereitet auf dem **Rahlschlag** Nst. 15 (Forstort Kranich), sowie **Einzelbölzer** in den Nst. 18-22 (Forstort Trogen und Gulse) meistbietend, gegen **Vorzahlung**, unter den üblichen vor Beginn der Versteigerung bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden. **Grüßlich von Jochsche Forstwirtschafts Frauwalde** b. Börlin Bez. Leipzig **Telefon Falkendain Bez. Leipzig Nr. 9.**

### Jeden Morgen freu ich mich

auf's neue über die Erfrischung und Belebung von Kopfhaut und Nerven durch einige Tropfen Javol. Aber nichts ist auch besser als Javol, um Schuppen und Schinnen zu beseitigen, um das Haar seidnenweich, düftig und locker zu machen. **Javol-Haarwasser** und **Javol-Kopfwaschpulver** sind in Apotheken, Drogerien, Parfümerien und bei Frisuren zu haben.

### Freitag und Sonnabend Verkauf v. pa. fettem Pferdefleisch und Wurst.

**Albert Weidhorn, Pferdeschlächterei** **Gröbzig, Kirchstr. 10, Tel. 685.**

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit gewählten Geschenke und Glückwünsche sagen wir hierdurch allen **herzinnigsten Dank.** **Wielba** am 17. 1. 1923. **Otto Göße und Frau** **Alma geb. Vaul.**

Die **Heden** gegen Herrn **Paul Schulze, Kobeln** nimmt zurück **Anna Naumann, Kobeln.**

**1 Boot Belhandlung** verloren vom Bahnhof **Langenberg** bis **Rittergut** **Glaubitz.** Gegen gute Belohnung abzugeben beim **Stallmeister.** **Rittergut Glaubitz.**

**Möbl. Zimmer** von Herrn **sol.**, spätestens **1. Febr.** zu mieten gesucht. **Offerten unter X A 9876** an das **Tageblatt Niesla.**

**Schlafstelle** von anständ. jung. Mann, mögl. **Weiba** od. **Röderau**, gesucht. **Angebote unter X E 9880** an **Tagebl. Niesla.**

**Fr. anst. Herr** sucht einfach **möbliertes Zimmer** od. **Schlafst.**, Nähe **Rittergut**, **plaz.** **Angebote** erb. unt. **X D 9897** an **Tagebl. Niesla.**

**Welsch** edle Leute würden **jungem Ehepaar v. g. Ruf** (ohne Kind) **sof. od. später** **1 bis 2 leere Zimmer**

gegen gute Bezahlung in **Niesla** abgeben. **Frau** **wied** evtl. tagsüber einige **Std.** **Dankarbeit** m. übernehmen. **Werte Offerten u. X C 9878** an das **Tageblatt Niesla.**

**Zu miete Wohnung** in **Niesla** gegen **eine l. Dresden.** **Umsatz** vergütet. **Off. unt. W Z 9876** an **Tagebl. Niesla.**

**Schreibmaschinen.** **Zwei** erstklassige **neue** **Lopenhebel-Schreibmaschinen** **sofort** zu **verkaufen.** **Offerten** unt. **X H 9888** an **Tabl. Niesla.**

**Einem Volken** **12er Schraubstollen** **hat** abzugeben **Ein- und Verkaufsgesellschaft** **Karl Schumann, Gröbzig, Kirchstr. 32, Tel. Niesla 670.**

**Schreibmaschinen.** **Zwei** erstklassige **neue** **Lopenhebel-Schreibmaschinen** **sofort** zu **verkaufen.** **Offerten** unt. **X H 9888** an **Tabl. Niesla.**

**Man** **verlange** **überall** **Radeberger Bismar!**

### Maskengarderobe

verleiht bill. **Veßingstr. 1, 1**

**Wer** **erteilt** **gründlichen** **Unterricht?** **Offerten** **unter X B 9877** **an** **das** **Tageblatt** **Niesla.**

**Einem Volken** **Sedern zum Schleifen** **gibt** **ab** **Karl Schumann,** **Kochprodukten-Handlung,** **Gröbzig, Kirchstraße 32.**

**Porzellan v. Staatl.** **Meißen (a. Fabrikpreis),** **Frauenthal, Rosenthal,** **Thomas, Dutschkenreuther,** **Teichert, Reitzner u. a. m. in** **Luzus, Speise-, Kaffee- u.** **Obstgeschirr, Kristall, Röh-** **ren, Gläser, Email, Guss-** **waren, Malerei u. Handl.,** **Tübbeln, Obermkt. Tel. 523.**

**Altes Gold u. Silber** **kauft** **Uhrmacher** **Rösch.**

### Möbel

**neue** **und** **gebrauchte** **Preise** **zu** **verkaufen** **Oskar Meffe** **Niesla, Bruckgasse 4**

### F. R.

**Haupüberlammlung** **am** **20. 1.,** **abends** **8** **Uhr** **i. Gern. Unentschiedenes** **Fehlen** **m. bestraft. Tages-** **ordnung: Jahresbericht, Tages-** **berichten, Grundgesetz, Er-** **brungen, Aufnahmen, Wahl-** **en, Verschiedenes.** **F. R.**

**Für** **die** **zahlreichen** **Be-** **weise** **herlicher** **Teilnahme** **beim** **Einweihen** **unserer** **lieben** **Mutter, Frau**

**Ida** **verm. Steude.** **sagen** **wir** **allen,** **die** **uns** **dadurch** **zu** **trösten** **suchten,** **unsern** **herzlichsten** **Dank.** **Seit** **hain, 16. 1. 1923.** **Die** **tieltauernden** **Mutter.**

**Die** **heutige** **Nr.** **umfaßt** **6** **Seiten.**

# Befehle statt Verhandlungen in Düsseldorf.

## Militärische Zwangsherrschaft.

Der französische Ministerpräsident Poincaré hat die eilige Zusammenberufung der Reparationskommission veranlaßt, damit sie neue „vorläufige Verfügungen“ Deutschlands feststellen soll. Diese beinhalten in der von der Reichsregierung beschlossenen Einstellung aller Reparationslieferungen. Auf Grund der „Verfügungen“ wird dann Frankreich zusammen mit dem ihm militärischen Belaten neue Strafmaßnahmen beschließen und durchführen. Wo die Grenzen und das Ziel dieses ganzen Vorgehens gefunden werden sollen, ist heute ja nicht mehr abzusehen. Wahrscheinlich kennt sie Poincaré heute selbst noch nicht. Denn er ist, nachdem er einmal die Gewalt bis zum Neuherten an die Stelle von Rechten und Verträgen gesetzt hat, nicht mehr der Herr, sondern nur noch der Knecht seiner eigenen Handlungen. Der Schicksal, den den Pfeil aus dem Köcher genommen und auf den Bogen gespannt hat, kann das Ziel ins Auge fassen und nach seinem Willen den Pfeil entlassen oder zurückhalten. Wenn er ihn aber einmal abgeschossen hat, dann hat er die Herrschaft über den Pfeil verloren, der, je nachdem, das Ziel erreicht oder verfehlt, ohne daß der Schütze hierauf noch einen Einfluss ausüben vermag. Poincaré hat seinen letzten Pfeil gegen Deutschland abgeschossen. Wenn er diesmal kraftlos seinen Händen entrinnt, so hat er keinen zweiten mehr zu versenden.

Dat nun der Pfeil Poincarés diesmal ins Schwarze getroffen? Hat er das ins Auge gefasste Ziel erreicht? Zweifellos ist Deutschlands Wirtschaft tödlich getroffen, wenn es den Franzosen gelingt, die Beschlagnahme der Kohlen- und Erzergänge des Ruhrgebietes durch ihre militärischen Gewaltmaßnahmen durchzuführen. Der Widerstand, den die Besatzung unter Berufung auf den Schorlam, den sie der Reichsregierung schuldig sind, den französischen Forderungen entgegenzusetzen haben, hat zunächst dazu geführt, daß die Durchführung der bereits angefügten Kohlenrequisitionen um 24 Stunden verschoben worden ist. Offenbar will man sich erst ein Mandat der Reparationskommission überlassen lassen, bevor man zu militärischen Beschlagnahmen greift. Bisher hat Frankreich das Vorliegen einer militärischen Besetzung abzuleugnen versucht. Greift es aber zu militärischen Requisitionen, so muß es das Kriegsrecht proklamieren, um irgendeine Rechtsgrundlage für die Requisitionen zu haben. Poincaré wird also wahrscheinlich dazu gezwungen sein, auch formell die Errichtung einer militärischen Gewalt Herrschaft mitten im Frieden kundzugeben, um einen rechtlichen Vorwand für seinen Kohlenraub zu erhalten. Solange er das nicht tut, ist kein Vorgehen, rechtlich betrachtet, das eines gewalttätigen in das Kohlenrevier eindringenden Märders.

Man darf freilich nicht glauben, daß ein Poincaré über diese rechtlichen Schwierigkeiten stolpern wird. Er wird, wenn es nötig ist, die militärische Zwangsherrschaft, die ja im Ruhrgebiet tatsächlich besteht, unter irgend welchen Vorwänden auch offen proklamieren, wenn er anders nicht zu seinem Ziele gelangen kann, und er wird diese Zwangsherrschaft beliebig ausdehnen, wenn er das für zweckmäßig und ungefährlich hält. Schon ruft die nationalstatische französische Presse nach der Besetzung Berlins. An die Stelle der anfangs scharf betonten rein wirtschaftlichen Ziele Frankreichs, die lediglich auf den Besitz der Ruhrkohle gerichtet waren, tritt allmählich wieder das militärische Ziel einer Verfestigung und Beherrschung des deutschen Reichs. Niemals sind die Rheinbundpläne effriger und ernsthafter in der französischen Presse propagiert worden als jetzt. So wird Poincaré durch die Gewalt seines ersten Rechtsbruchs immer weiter und weiter getrieben, vom Rhein an die Ruhr, von der Ruhr morgen vielleicht schon an die Weser, übermorgen an Elbe und Oder. Das deutsche Volk muß mit dieser militärischen Zwangsherrschaft und ihrer kufenweisen Ausdehnung rechnen. Das Schicksal, das jetzt Rheinland-Besatzung droht, kann aber auch schon auf jedem andern Teile des Reiches zuteil werden. Aber auch wenn das nicht geschieht, ist die Zukunft, die uns allen vor Augen steht, traurig genug. In der drohenden Kohlenkatastrophe wird sich sehr bald die bittere Nahrungsnot gesellen. Infolge des raschen Marktturzes ist der Preis der Tonne Roggen schon jetzt auf 197 000 Mark gestiegen. Eine weitere ungeheure Steigerung des Brotpreises ist bereits angekündigt worden. Das alles ist wahrhaftig Grund genug für das deutsche Volk, sich endlich unter Überwindung aller Parteigrenzen zur geschlossenen Abwehr der militärischen Zwangsherrschaft und ihrer furchtbaren Volkswirkungen zusammenzuschließen. Uns bleibt die französische Vernichtungspolitik gegenüber nur noch die einzige Hoffnung, die darauf beruht, den militärischen Zwangsmassnahmen Poincarés den geschlossenen Widerstand des ganzen deutschen Volkes entgegenzusetzen, damit die größte Militärgewalt der Welt gegenüber einem waffenlosen, aber dennoch die Unterwerfung unter die Gewalt verweigernenden Volke sich tollkühn.

## Erhöhung der Abgabepreise der Reichsgetreidekette.

Nach einer Meldung der „Voss. Stg.“ mußten infolge der Preissteigerungen, die wegen des starken Falzens der Markt für ausländisches Getreide notwendig wurden, auch die Abgabepreise der Reichsgetreidekette erhöht werden. So kostet vom 15. d. M. ab Roggen 197 000 M., Weizen 212 000 M. die Tonne. Dementsprechend beträgt der Preis für den Doppelzentner Weizen 27 000 M. Da auch die Kosten für das Getreidevermehl, die Frachten sowie die Kosten beim Baden und Verkauf des Brotes gestiegen sind, glaubt das Blatt mit einer nahe bevorstehenden weiteren starken Brotpreissteigerung rechnen zu müssen.

## Die Gefahr eines Metallarbeiterstreiks.

Der gemäß dem Beschluß der Arbeiterschaft Dienstag morgen in Halle, in Gienburg, Wertheburg, Weihenfels usw. beginnen sollte, ist in letzter Stunde abgewendet worden. Montag nachmittag sind die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einem letzten Versuch, die Streitigkeiten beizulegen, zusammengetreten. In vierstündiger Verhandlung ist es schließlich gelungen, infolge eines wesentlichen Entgegenkommens der Arbeiter, sowohl für die erste als auch für die zweite Januarhälfte, zu einer Einigung zu kommen, jedoch gestern weiter gearbeitet wurde.

## Die Remeler Angelegenheit.

Oberkommissar Petz hat folgenden Aufruf erlassen: Bewohner des Remelgebietes! Im Namen der alliierten Mächte erhebe ich noch einmal feierlichsten Protest gegen den blutigen Anschlag, der gegen das Remelgebiet verübt worden ist. Ich erkläre ausdrücklich, daß die alliierten Mächte auch weiterhin beabsichtigen, ihre Autorität über das Gebiet auszuüben. Durch Bekanntmachung der Planer wurde der Besatzungszustand über Remel verhängt. Als Führer des Freiwilligenkorps zeichnete Ludwig. Der bei dem Einmarsch der Planer durch Kopfschuss verwundete Direktor der Remeler Handelsbank, Gsch, ist gestorben.

## Die Besatzungsverwaltungen bleiben fest.

Aus Düsseldorf wird gemeldet: Die gestrige Besprechung zwischen den Vertretern der Besatzungsverwaltungen des Rheinisch-westfälischen Industriegebietes und den Franzosen verlief völlig ergebnislos. Es nahmen von deutscher Seite außer den Vertretern der Industrie der Regierungspräsident Dr. Grüner, von Seiten der Franzosen und Belgier die Generale Simons und Davans und die Interalliierte Kontrollkommission teil. Die ganze Verhandlung bestand aus einer einseitigen Kundgebung des Generals Simons, in der er einen Befehl des Generals Tegoutte verlas. Darin wird ausgedrückt, daß die Besatzungsverwaltungen zum letzten Male aufgefordert werden. Sowie am Mittwoch früh mit der Lieferung von Reparationsstoffen an Frankreich und Belgien wieder zu beginnen. Sollte der Widerstand andauern, so würden weitere Maßnahmen ergriffen werden. Als erste Sanktion habe die Besetzung von Dortmund zu gelten. Sollte der Widerstand andauern, so würden weitere Sanktionen folgen. Die Besetzung Dortmunds sei erfolgt wegen des Verbotes der deutschen Regierung an die Besatzungsverwaltungen. Weber ein Vertreter der Besatzungsverwaltungen wurde in höchster Weise abgewiesen und die Sitzung für geschlossen erklärt. Die Besatzungsverwaltungen sind nach wie vor einig darüber, daß sie dem Befehle der Franzosen keine Folge leisten werden.

Bei den Verhandlungen mit den Arbeitnehmerorganisationen gab General Tebianes der „Deutschen Allg. Zeitung“ folgende Erklärung ab:

„Ich bedauere, feststellen zu müssen, daß die Regierung die Lage nach in verwickeltem verwickelt. Die Haltung derselben hat das Glinde der belandeten und französischen Truppen in das Ruhrgebiet notwendig gemacht, um endlich die Lieferung der Kohlen durchzuführen, die uns auf Grund des Versailleser Vertrages zusteht. Die Ankunft der Truppen hat jedoch nur den Zweck, die Tätigkeit der Ingenieure zu sichern.“

Nach Verlesung dieser Erklärung nahm Regierungspräsident Dr. Grüner das Wort und bemerkte: „In dieser Erklärung wird festgestellt, daß die Industrie die Lage verschlimmert habe, die durch den bösen Willen der Reichsregierung herbeigeführt worden sei. Angesichts dieser Bemerkungen ist es mir nicht möglich, an der Besprechung weiter teilzunehmen.“ Er verließ darauf den Sitzungssaal.

General Tebianes gab dann den Arbeitervertretern eine zweite Erklärung ab, in der er verkündete, daß die französische Regierung nie der Feind der Arbeiterbewegung gewesen sei, und erklärte die Sitzung für geschlossen. — Die Arbeitervertreter verließen den Sitzungssaal mit Ausdrücken der Entrüstung, daß man sie zur Entgegennahme derartiger Erklärungen nach Düsseldorf geholt und einen halben Tag lang von produktiver Arbeit abgehalten habe.

Thyssen wurde gestern mittag vor dem Generalstab des Reichswehres in Düsseldorf geladen. Ihn und den mit ihm geladenen Herron Generaldirektor Herron, Bergassessor Runge und Direktor Wästerhofer erklärte General Simon im Auftrag des Generals Tegoutte, daß sie, wenn sie bei ihrer absehnenden Haltung blieben, von jetzt an unter gerichtlichem Verfahren stehen würden. Sämtliche Herren erklärten auf Befragen, daß sie auf ihrem bisherigen Standpunkte verbleiben müßten.

Nach Blättermeldungen aus Essen wollte gestern eine Kommission französischer Offiziere die Besatzung der Ruhr im Norden von Essen besichtigen. Der Oberst erklärte, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niederlegen würden. Sie wollten nicht unter Bajonetten arbeiten. Die französischen Offiziere verließen darauf die Besatzung.

In der französischen Presse wird behauptet, daß die für die Ernährung der Ruhrbevölkerung erforderlichen Lebensmittel systematisch vermindert worden seien, wodurch nur die deutschen Arbeiter getroffen würden. Dem gegenüber ist festzustellen, daß Brotgetreide und Mehlvorräte, sowie Futter auf Wochen in diesem Gebiet vorhanden sind. Alle übrigen Lebensmittel sind frei und von der Regierung unbeeinträchtigt. Die Reichsregierung und das deutsche Volk haben alles getan und werden weiter alles tun, um die Ruhrbevölkerung zu ernähren.

Aus Berlin wird gemeldet: Der unter Besetzung des Versailleser Vertrages erfolgte Einmarsch der Franzosen und Belgier verschärft die wirtschaftliche Lage und damit die Lebenshaltung in den betroffenen Dörfern und in der empfindlichsten Weise. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter im Ruhrgebiet zur Unterhaltung der geschaffenen Not eine Zulage zu ihren Bezügen, Vergütungen und Löhnen bewilligt, deren Auszahlung alsbald erfolgt.

## Die Haltung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung beschäftigte sich, wie in den letzten Tagen auch gestern in einer Kabinettbesprechung mit der augenblicklichen Lage. Das „Tageblatt“ schreibt, daß sich die Reichsregierung auch bei einem etwaigen weiteren Fortdrängen der Franzosen im Ruhrgebiet von ihrer bisherigen festen Haltung nicht abbringen lassen und auch unter dem Druck der Franzosen und Belgier nicht mit diesen Staaten verhandeln werde.

## Der Zwischenfall in Bochum.

Ueber den vorerwähnten Zwischenfall in Bochum, bei dem das erste Blut geflossen und ein hoffnungsvolles Menschenleben vernichtet worden ist, wird WTV berichtet: Unter dem Eindruck der Besetzung durch die Franzosen fanden in Bochum spontane patriotische Kundgebungen statt, wobei die Menge singend durch die Straßen zog. Die Schupo war den Massen gegenüber machtlos. Es muß besonders betont werden, daß zur Zeit der Umzüge der Besatzungszustand über Bochum noch nicht verhängt war. Als ein durch die Königs-Allee kommender Demonstrationszug in die Nähe der französischen Wachen bei dem Eisenbahndirektionsgebäude kam, feuerte die Wache mehrere blinde Schüsse, worauf die Menge in die Nebenstraßen flüchtete. In diesem Augenblick fielen seitens der Franzosen tödlich grundlos scharfe Schüsse, durch die ein junger Mann tödlich in den Rücken getroffen und ein anderer verwundet wurde. Infolge dieser Vorgänge ist die Erregung der Bevölkerung außerordentlich gestiegen. Durch die Straßen sogen Dienstag vormittag große Massen. Mit Empörung wird allenthalben von der Bluttat gesprochen.

Die Menge in Bochum, auf die geschlossen wurde, bestand im wesentlichen aus Arbeitern und Angehörigen einer Besatzung. Es herrschte schon vor dem Einmarsch der Franzosen lebhafteste Erregung unter der Bevölkerung. In den Demonstrationen wurden schwarz-weiß-rot, schwarz-rot-goldene und rote Fahnen geleitet.

Auch in Duer machte sich die Erregung über die Besetzung in Demonstrationen Luft. Stundenlang durchzogen Menschenmassen singend die Straßen. Der französische Kommandeur erteilte erst eine Anordnung von unerhörter Schärfe: Ansammlungen auf der Straße werden nicht geduldet. Herausforderungen durch Singen irgend welcher Lieder sind nicht gestattet. Bei Anruf hat jeder sofort stehen zu bleiben. Wird nicht sofort bei Platz stillgestanden, dann erfolgt Gebrauch der Schusswaffe.

Unterdessen befinden sich neue Truppenmassen aus Düsseldorf im Anrollen und die Besetzung weiteren deutschen Gebietes steht bevor. Zwar erklärte man Dienstag früh noch bei den französischen Stellen, daß ein weiterer Vormarsch nicht geplant sei. Schon ist aber in Dortmund die amtliche Nachricht eingegangen, daß französische Truppentransporte mittags 12 Uhr auf dem Hauptbahnhof und um 1 Uhr auf dem Südbahnhof eintreffen werden. Schon wird auch gemeldet, daß sich Truppen in Richtung Hamm vorwärtsbewegen.

In Essen ist alles ruhig. Französische Blätter verbreiten die Meldung, die deutschen Kohlenindustriellen hätten sich bereit erklärt, unter den am Sonnabend angegebenen Bedingungen von morgen ab die Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien wieder aufzunehmen. Nicht ein wahres Wort ist an dieser Meldung. Die Besatzungsverwaltungen haben ihren Standpunkt mit aller Entschiedenheit festgelegt, und an dieser Stellungnahme kann kein militärischer Befehl etwas ändern. Ohne die Genehmigung der Reichskohlenkommission wird keine Tonne Kohle geliefert.

## Die Besetzung Dortmunds.

Aus Dortmund wird vom Dienstag gemeldet: Um 11 Uhr 45 Minuten sind die ersten französischen Truppen in Stärke einer Infanteriebataillon in das Zentrum der Stadt eingemarscht. Während des Einmarsches trafen ein Pileger über der Stadt. Tugend welche Zwischenfälle sind bisher nicht zu verzeichnen. Weitere größere Truppenmassen folgen zu Fuß und per Eisenbahn. Bislang ist nur der Hauptbahnhof besetzt. Mittags 1 Uhr wurde Dortmund auch von Süden her durch Kavallerie und Panzerwagen besetzt. Die Truppen nahmen am Südbahnhof Aufstellung. Der Einmarsch vollzog sich in aller Ruhe. Auf den Straßen von Sary nach Dortmund sind französische Truppen im Anmarsch. Von der in Wetter liegenden Kavallerie ist ein Teil nach Dortmund, ein anderer nach Schwerte unterwegs. Das in Vorfälle liegende Detachement französischer Kavallerie ist nach Dortmund abgerückt.

Die Bahnhöfe, das Eisenbahnbetriebsamt und andere öffentliche Gebäude in Dortmund sind von den Franzosen besetzt worden. Um 2 Uhr fand zwischen einer Abordnung von Offizieren und dem Dortmunder Oberbürgermeister Dr. Gidhof eine Besprechung statt.

Für den Umfang des bisherigen militärischen Aufgebots der Franzosen ist bezeichnend, daß der Kommandierende General in Preußen jedoch den deutschen Behörden die bevorstehende Ankunft eines Armeekorpskommandos angekündigt hat, im dreifachen Umfang seines Stabes, und daß er die Bereitstellung der notwendigen Unterkunftsräume dafür in Preußen verlangt.

Die den Vätern von zureichender Seite mitgeteilt wird, sind bis jetzt keine Eingriffe der Besatzung im Ruhrgebiet in den Betrieb der Eisenbahnen zu verzeichnen. Eine Reihe von Bahnhöfen ist mit französischen Feldbahnbauern besetzt worden. Eine Kontrollzelle der Güterzüge wurde eingeführt. Dienstag wurden drei Tantsjüge in Duisburg ausgedient, wovon zwei nach Carnap und einer nach Gladbeck geführt wurden. Angefordert wurden weitere Tantsjüge.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Essen, daß des Vorstehende des Alten Bergarbeiterverbandes gestern nach Aufbruch zur Teilnahme an einer Sitzung des Exekutivkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes abgereist ist, bei der über Protestmaßnahmen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes beraten werden soll. Der zweite Vorstehende des Bergarbeiterverbandes ist zu Besprechungen nach Berlin abgereist.

Aus Paris wird gemeldet: Das Aktionskomitee gegen den Krieg ist vorgestern abend zusammengetreten und hat beschlossen, an die kommunistischen Verbände und Gewerkschaftsorganisationen in jedem Departement die Aufforderung zu richten, in den Departements Aktionskomitees zu bilden und in den größeren Städten in aller Eile drei Versammlungen abzuhalten. Diese sollen am 22., 23. und 24. Januar stattfinden.

Das Mittalied des englischen Unterhauses Burton wird am Donnerstag nach Deutschland reisen, um den deutschen Sozialisten die Sympathien der britischen unabhängigen Arbeiterpartei aus Anlaß der französischen Aktion im Ruhrgebiet zum Ausdruck zu bringen.

## Neue „Verfügungen“.

Die Reparationskommission teilte der Kriegskostenkommission mit, daß sie auf Grund der Einstellung der Kohlen- und Viehlieferungen mit drei Stimmen gegen die Stimmenthaltung des englischen Delegierten eine Verfügung festgesetzt und die alliierten Regierungen gemäß den Bestimmungen des Versailleser Vertrages in Kenntnis gesetzt hat. In dem offiziellen Communiqué der Reparationskommission wird erklärt, daß die Anhebung deutscher Delegationer nicht mehr erforderlich erschien, da die vorläufige Verfügung offensichtlich sei.

Der gestrigen Sitzung der Reparationskommission wohnte Bradbury wegen Unpäßlichkeit nicht bei. Ihn vertrat der zweite englische Delegierte Cool. Der amerikanische Beobachter Boyden war anwesend. Barthou wies die Notwendigkeit nach, offiziell von dem ausgesprochenen Wunsch Deutschlands Kenntnis zu nehmen, sich von dem Tage der Entsendung der französischen Ingenieurmission in das Ruhrgebiet seinen Verpflichtungen zu entziehen. Der belgische Delegierte unterstützte Barthou energisch. Der italienische Delegierte erklärte, Deutschland habe seine Lieferungen an Italien nicht eingestellt. Offiziell des Landbestandes der deutschen Verfügungen und der Opportunität ihrer Feststellungen habe er keinerlei Vorbehalte zu machen. Cool erklärte, er werde sich der Abstimmung enthalten.

Zu den Gerüchten über die bevorstehende Stellungnahme des halbamtlichen amerikanischen Vertreters in der Reparationskommission Boyden stellt „New York Herald“ fest, daß der Kommission tatsächlich eine Denkschrift vorliegt, die Boyden vor etwa zwei Monaten nach der Rückkehr der Reparationskommission aus Berlin auf Studien Barthous abgefaßt hat. Das Schriftstück soll nach dem Blatt etwa 2000 Worte umfassen und in der Zwischenzeit keine festen zahlenmäßigen Vorschläge für die deutsche Reparationsschuld und sehr keinen ins Einzelne gebenden Plan vor. Es entwickle jedoch den Grundplan, daß die

Reparationsdienst in der Hauptsache auf Grund der deutschen Zahlungsfähigkeit festgesetzt werden sollte. An und für sich handelte es sich nach demselben Blatt um eine persönliche Meinungsäußerung Boudens, von der das Staatsdepartement jedoch Kenntnis genommen habe, ohne Widerspruch zu erheben. Verhandlungen über die Denkschrift erwartet „New York Herald“ in der Sitzung der Reparationskommission, die sich mit der Moratoriumsfrage beschäftigen soll. Die Verhandlungen würden jedoch voraussichtlich ohne größere Bedeutung sein. Sie sollen nach dem „Exclair“ nicht vor Beginn der nächsten Woche stattfinden.

### Die Verlegung des Sitzes des Kohlenyndikats.

Von unterrichteter Seite geht die nachstehende Mitteilung zu: Die Verlegung des Sitzes des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats von Essen nach Hamburg bedeutete für die Syndikatsorgane einen schweren Einschnitt. Der Einbruch dieses inneren Stützpunktes in die Tat umgesetzten Beschlusses ist nicht nur in Deutschland, sondern namentlich auch im Ausland stark empfunden. Aber man erkennt die Bedeutung dieses Schrittes, wenn man ihn lediglich als die Demonstration einer großen Industrieergreifung eines zwar machtlosen, aber doch nicht knechtisch gewordenen Volkes bewertet. Schwerwiegende rechtliche und praktische Erwägungen drängen die Besondere dazu, ihren rechtlich und geschäftlich stark ausgebauten Apparat nicht tatenlos dem einmütigen Beschlusse in die Hand zu geben. Man muß sich vergegenwärtigen, daß das Syndikat das Verfügungsrecht über die gesamte Produktion des Ruhrbergbaus mit Ausnahme des Selbstverbrauches hat. Alle Bechen sind gesetzlich und vertraglich verpflichtet, die Kohlen dahin zu liefern, wohin das Syndikat sie bestimmt. Die Verkaufsabteilungen des Syndikats haben in ihren Büchern und Nachweisungen den Markten überblick über den Kohlenbedarf fast der ganzen deutschen Industrie, da nach dem Ausschneiden des Saargebietes und von drei Vierteln Ober-Schlesiens aus der deutschen Kohlenversorgung etwa 80 Prozent des deutschen Steinkohlenverbrauchs auf die Ruhr angewiesen sind. Dieser ganze sachliche Apparat müßte verschwinden und mit den Geschäftsbüchern auch Vorstand und Angestellte. Wäre dieser ganze wohlaufgezogene Apparat des Syndikats mit seinen 600 Angestellten und Geschäftspapieren in die Hand der Franzosen gefallen, so hätte eine Kommission von wenigen Personen genügt, um ihn zu Aufträgen an alle Bechen zu benutzen, zu deren Ausführung die Bechen dem Syndikat verpflichtet sind. Das ist jetzt nicht möglich. Soweit die Bechen nicht besetzt sind, sind sie von Eingriffen des Feindes frei. Auch die Bechen im besetzten Gebiet können nicht mit den Mitteln des Syndikats gesungen werden. Wenn sie sich ablehnend verhalten, so bleibt dem Feinde nur der Weg übrig, auf jeder einzelnen Beche gewalttätige Eingriffe in das Privateigentum zu machen. Praktisch fehlt dem neuen Gewalthaber jede Möglichkeit, den geschäftlichen Apparat des Syndikats anzunehmen. Er muß auf jeder einzelnen Beche besonders verfügen und in jedem Einzelfalle Farbe bekennen, unweil er Privatrechte verletzt. Es tritt dann auch klar in Erscheinung, ob und in welchem Umfange er über den behaupteten Zweck, nur für Beförderung der Reparationsmengen sorgen zu wollen, hinausgeht und die deutsche Kohlenwirtschaft beeinträchtigt.

Befürchtungen, die auf Seite der Verbraucher mit-sprechen, finden ihre Begründung in der allgemeinen Fassung der Note. Hieraus kann man bei der bekannten Auslegung der Franzosen das schlimmste herauslesen. Wäre ihnen durch Personen und Aktenmaterial eine vollkommene Ueberblick über die Kohlenlieferungen Deutschlands in allen ihren Einzelheiten zugänglich gemacht worden, so wäre ihnen geradezu der systematische Weg gewiesen worden, die deutsche Industrie, wo und wie es ihnen vorkam, am Kohlenmangel einzeln zu lassen und mit diesem furchtbaren Druckmittel die Zwangsherrschaft über die Industrie auszuüben, die wir aus dem Saargebiet zur Genüge kennen. Denn dort haben sie lediglich durch die Drohung, keine Kohle zu liefern, von jedem Werk, von dem sie es wünschten, erpreßt, daß 61 Prozent des Kapitals in französische Hände übergingen. Wenn das Syndikat in seiner Verkaufs- und Verteilungstätigkeit von den Franzosen abhängig gewesen wäre, so hätte diese Ausbaugepolitik systematisch und doch verhältnismäßig unauffällig, nämlich ohne einen jeweils nach außen in Erscheinung tretenden Gewaltakt der Franzosen vor sich gehen können. Jetzt aber müssen die Franzosen, wenn sie diese gegen die deutsche Industrie gerichtete Vernichtungspolitik betreiben wollen, in jedem Einzelfalle einen Befehl geben, der ihre wirklichen Absichten entzleiht. Wir wollen uns keinem Franzosen gegenüber einem über angebrachten Optimismus hingeben. Aber eins ist doch sicher, daß ihnen eine verhältnismäßig unauffällige systematische Erdrosselung der deutschen Wirtschaft durch das Kohlenyndikat leichter geworden wäre, als eine Einzelmethode, bei der sie, Rechtsbruch auf Rechtsbruch häufend, ihr wahres Gesicht zeigen müssen. Aus dieser Ueberlegung ergibt sich die große Bedeutung, welche die Verlegung des Kohlenyndikats von Essen nach Hamburg für die gesamte deutsche Kohlenversorgung hat.

Diese rechtlichen und praktischen Erwägungen mühten auschlaggebend sein, die dagegen geduldeten Bedenken sind denn auch zurückgestellt worden. Natürlich ergeben sich gewisse Uebergangswörter. Diese können aber den geregelten Gang der Produktion und des Absatzes nicht füren, wenn die Franzosen nicht mit rohen Maßregeln eingreifen, denn für den Fortgang des Geschäftsganges war durch die in Essen getroffenen Anweisungen an die Bechen gefordert worden. Inzwischen wurde der Geschäftsbetrieb in Hamburg vollkommen aufgebrochen. Alle Geschäftsbücher und Geschäftspapiere sind zur Stelle und die nötigen Anweisungen an die Bechen gehen heraus. Die Befürchtung, daß der geschäftliche Apparat des Kohlenyndikats oder gar das Kohlenyndikat selbst zerfallen sei, ist unberechtigt. Wenn Sitzungen in der Kohlenversorgung eintreten, so liegt das unter seinen Umständen an den Maßnahmen des Kohlenyndikats, sondern lediglich an den feindlichen Eingriffen. Dies gilt ganz besonders auch für die Sitzungen der Produktion. Soweit nicht die französisch-belgische Kommission Gegenanordnungen trifft, ist für die glatte Abwicklung des Absatzes Sorge getragen. Es ist auch beifolgt, daß die Vorkasse zur Verfügung stehen. Bei den feiner Beratungen wurde ganz besonderer Wert darauf gelegt, jede Maßnahme auch unter dem Gesichtswinkel der Interessen der Arbeiter zu betrachten, denn jedem Beteiligten ist es klar, daß in unserer verzweifeltsten Lage die Interessengegenstände zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer untergehen müssen in dem Gefühl, dem Feinde, dem wir Rohstoff nicht entgegenstellen können, den letzten Willen zu setzen, einzig zusammenzukleben in echter deutscher Notgemeinschaft.

### Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, den 16. Januar 1923.

Zu Beginn der Sitzung verlas der Reichstag die Genehmigung zur Strafverfolgung der sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten, Mittwoch, 16. Januar, 1923.

Dr. Moser, Roenen, Frölich und Zuberl. Sodann wurde der Kohlenlieferungsvertrag mit der Tischschloßwerke in allen drei Besessenen genehmigt, das Gesetz zur Vereinfachung der Allgemeinerwerbsteuer-Erklärung von Tarifverträgen in dritter Lesung angenommen, ebenso eine Novelle zum Weingesez, welche sich auf den Verbrauch französischer und portugiesischer Herkunftsnamen bezieht.

Anschließend kam die Novelle zum Weingesez zur ersten Beratung. Danach soll die Holzverkaufsgabe zu Gunsten der Holzverkäufer für die Jahre rückwirkend ab 1. Januar d. J. von 1/2 auf 1/3 Prozent erhöht werden. Abg. Fischer (So.) machte für die Rot der Presse in erster Linie die übermäßige Steigerung der Holzpreise und die Preispolitik der forstlichen Papierindustrie verantwortlich; von den Staatsforsten sei derselbe Schaden getrieben worden, wie von den privaten Forstbesitzern. Reuber bestritt die Verantwortung auf Einführung einer Naturalabgabe der Holzverkäufer und auf Vorkaufsteuerung von Papier.

Abg. Kalla (Dem.) beauferte, daß der Reichstag nicht die Notwendigkeit anerkannt habe, die Unterfertigung der notleidenden Presse zur Reichsdruckerei zu machen, und im Gegenteil noch 1/2 Prozent von der Regierungsvorlage gefordert habe. Reuber beantragt die Erhöhung der Holzabgabe auf 2 Prozent.

Abg. Dr. Pieber (Dp.) klagte gleichfalls über die hohen Holzpreise der Landesforstverwaltungen und empfahl der Reichsregierung die Berücksichtigung der von Ober-Registrator Bernhard im Reichswirtschaftsrat gegebenen Anregungen.

Abg. Bruns (Dnat.) unterstützte den Antrag Kalla und beantragte Ausdehnung der Unterstützungsberechtigung auf die religiösen Wochenblätter.

Antrag Kalla wurde fast einstimmig angenommen, der so. Antrag und der Antrag Bruns den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dann wurde das Weingesez in zweiter und dritter Lesung endgültig angenommen und die Sitzung gegen 1/4 Uhr geschlossen.

Mittwoch nachmittag 2 Uhr Anfragen und Anträge.

### Vorl. Reichswirtschaftsrat.

Vorsitzender Leibart stattet dem Hause seinen Dank für die Wahl zum Vorsitzenden ab und fährt dann fort, daß die Not der Zeit gebietet einen Ausgleich der Interessen zwischen den verschiedenen Gruppen und Gliedern unseres Wirtschaftskörpers zu verlangen, der die berechtigten Interessen und die notwendigen Bedürfnisse jedes Teiles berücksichtigt. Einem Protest gegen die Ausherrschung schließt sich das Haus ab.

Vor Eintritt in die Tagesordnung dankt

Reichswirtschaftsminister Dr. Beder

für den kommenden Protest gegen den brutalen Gewaltakt, mit dem Frankreich und Belgien nach dem Zerren der deutschen Wirtschaft greifen. Unter Druck des Verlaufs der Ereignisse, den auch ein hervorragender Franzose als die „Vorsicherung des Reiches mit anderen Mitteln“ bezeichnet hat, ist der Einmarsch vor sich gegangen, dem man mit unpolitischer Bewandlung jeden militärischen und politischen Charakter absprechen wollte, und der lächerlich anmuten würde, wenn die Lage nicht so furchtbar ernst wäre. Hinsichtlich der Beschlüsse an Holz und Kohlen, die andererseits als Grund für den Gewaltakt angesehen wird, ist zu sagen, daß Deutschland das Maßvolle geleistet hat. Wir haben sogar Frankreich angeboten, ihm englische Kohle zu liefern, ein Vinedot, das Frankreich ablehnte, Frankreich wollte eben Verletzungen feststellen, um Deutschland zu gefährlichen und zu vernichten. Die Besetzung hat die Wohnnot verschärft. In dieses enge Gebiet, in welchem jeder Raum bis hinauf unter das Dach mit Menschen vollgepfropft ist, sieht man eine Armee, die sicher größer ist, als ein Armeekorps.

Die Beschlagnahme der Schulen macht einen geordneten Schulbetrieb unmöglich. Will man denn absichtlich unsere Jugend der Verwahrlosung entgegenführen? Will man auch noch unsere Kinder opfern und das Wort Clemenceaus wahr machen, daß in Deutschland noch 20 Millionen Menschen unheil herumläufen? (Bewegung.) Jurist: Das ist ja die Ueblichkeit! Frankreich will seine wirtschaftlichen Forderungen, über die wir uns gern verhandigen wollten, durch Besetzung verwirklichen. Der gewalttätige Einbruch hat die Bevölkerung in ihrer Arbeit gestört, die Kohlenproduktion ist in diesen Tagen um 15 bis 20% zurückgegangen. Uebersichten, die die Vergarbeter nach dem 15. Januar verfahren wollten, werden jetzt nicht geleistet. Der deutsche Arbeiter ist ein freier Arbeiter, Fron- und Anstandsarbeit liegt ihm nicht. Vermindert sich die Kohlenproduktion an der Ruhr, so wird entweder Deutschland erdroßelt oder wir müssen uns Kohlen im Ausland kaufen. Es gibt also entweder bei uns Arbeitslosigkeit oder eine Kohlenkauf auf dem Weltmarkt, für die sich auch die anderen Völker etwas mehr interessieren könnten. Der Einbruch der Franzosen hat die deutsche Mark wieder rückwärts gerissen. Heute wird der Dollar mit 16000 gemeldet. Glaubt man damit Deutschland leistungsfähiger zu Reparationsleistungen zu machen, an denen allein es doch Frankreich nach seinen Behauptungen liegt? Unter den Maßnahmen gegen Deutschland leidet auch die französische Wirtschaft. Glaubt Frankreich denn von seinen künftlichen Mitteln, mit denen es den Kurs des Franken bisher einermachen hat halten können, dauernd Gebrauch zu machen und davon auch dauernden Erfolg zu haben? Wird die wirtschaftliche Unruhe sich auf Deutschland beschränken und nicht viel mehr weitere Kreise der Welt ergreifen? Die vielen Millionen, welche die neue Besetzung monatlich kostet, stehen in keinem Verhältnis zu dem Wert unserer Rückstände an Kohlen- und Holzlieferungen, die etwa 25 Millionen Franc in französischer Währung betragen. Es ist erreglich, daß sich unterem Protest das ganze deutsche Volk in allen seinen Schichten und Ständen angeschlossen hat. (Lobdatter Beifall.) Wenn Ihre Körperlichkeit, die die deutsche Wirtschaft repräsentiert und die das letzte Gefühl für die wirtschaftlichen Schäden dieses Einmarsches hat, das Gleiche tut, so werden Regierung und Volk ihr dafür dankbar sein.

Wir haben uns aber nicht auf diesen Protest beschränkt, sondern selbstverständlich die Einleitung aller Reparationsleistungen an Frankreich und Belgien verweigert. Nachdem die Besondere sich der Forderung Frankreichs nicht gefällig gezeigt haben, scheint es mit Gewalt die Kohlenlieferungen erzwingen zu wollen. Es ist erreglich, daß sich die Besondere gegenüber diesem Gewaltakt ebenso standhaft bewiesen haben, wie es die Regierung tat. Wenn Frankreich weiter mit der Beschlagnahme der Kohlen droht, so ist das ein neuer Bruch des Völkerechts. Man will damit offenbar die Mittel zur Besetzung der Kohle gewinnen. Wir sind auch auf diese Maßnahme gerufen und werden auch diese Gewaltmaßnahme zu vereiteln wissen. Aus der Verlegung des Kohlenyndikats hat man geschlossen, daß die gemeinschaftliche Behandlung der Kohle außer Kraft tritt. Diese Befürchtungen sind unbegründet. Kohlenrat und die übrigen Organe des Kohlenwirtschaftsgezes bleiben von der Verlegung unberührt, ebenso die Zuständigkeit der Organe und vor allem des Reichswirtschaftsministeriums in Bezug auf die Feststellung der Kohlenpreise. Wir werden fraglos eine Verschärfung der Kohlenlage in Deutschland zu vermeiden haben. Wir werden uns auch darauf einwirken lassen, daß fremde Kohle herbeigebracht werden muß, selbstverständlich nach der Marktlage unter großen Opfern. Auch mit starker Restriktion unserer Lebenshaltung müssen wir rechnen.

Aus der Not der Zeit darf niemand Vorteil ziehen. Mit den Verbänden sind bereits Verhandlungen eingeleitet und mit den Gewerkschaften wird nächstens verhandelt werden. Wir müssen auch mit Arbeitslosigkeit rechnen. Ein Mittel des Hauses aus Arbeitnehmern hat bei den Besprechungen in Essen den Machhabern ausgerufen: „Wenn sie die Förderung einermachen haben wollten, müßten sie ihren Truppen schnellst „Recht marsch!“ kommandieren.“ Ein der geschlossenen deutschen Abwehrfront werden alle französischen Pläne scheitern. Die Reichsregierung kennt ihre Pflicht und wird sie bis zum letzten erfüllen. (Lobdatter Beifall und Oändelklatschen.)

Hedemann-Gillen (Vertreter der technischen Angestellten) erklärt, daß mit allen Mitteln, mit allen geistigen und moralischen Kräften der französischen Gewaltpolitik Widerstand geleistet werden müsse. Hunderte von Beispielen aus den letzten Tagen könnte ich Ihnen aus meiner eigenen Heimat anführen dafür, daß der Widerstand der Presse und der Berge gegen die Gewaltpolitik in härtestem Maße vorhanden ist. Ich darf die Hoffnung ausdrücken, daß die Wirkungszeit, in die wir hineingekommen werden, immerhin nicht im Sinne echter Vaterlandsliebe, im Sinne der Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls aller Volksgenossen.

Unter kühnem Beifall des Hauses wird darauf eine Entschließung einstimmig angenommen, in welcher der Reichswirtschaftsrat die Regierungsverfügung billigt, gegen die Gewalttätigkeit Frankreichs und Belgiens Protest erhebt und die Reichsregierung seiner Unterstützung versichert.

Zur Verlesung des Protokolls wird darauf die Sitzung abgedröhen. Schluß gegen 4 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr (kleinere Vorlagen, Novelle zum Weingesez, Gesetz über Arbeitszeit der Angestellten).

### Futterübergänge bei Säuen zu Ende der Trächtigkeit und bei Beginn des Säugegeschäftes.

Manche Fütterungsbedingungen der Ferkel und manche Verluste an Ferkeln während der Säugezeit, so namentlich in den ersten Lebenswochen, sind auf Veränderungen in der Fütterung der Mutterläuen nach der Geburt zurückzuführen. Mit Beginn des Säugens der Ferkel werden an die Sau beträchtlich höhere Anforderungen gestellt, als in der Zeit der Trächtigkeit. Es ist aber empfehlenswert, mit der Futtermenge schon etwas vor dem Beginn des Säugens zu vermindern. Durch einen solchen Futterwechsel erleidet die Milch gerade in den ersten Tagen nach dem Ferkeln eine Veränderung, die den Ferkeln schaden kann. Zwar wäre es nicht richtig, in den letzten Wochen der Trächtigkeit die Säuen besonders stark zu füttern. Wenn sonst während der Trächtigkeit eine gleichmäßig gute Fütterung eingehalten worden ist, die auch durch sehr gute Weide und namentlich Stroh- und Heuboden wird, dann ist die Nährstoffzufuhr zur Ausbildung der Ferkel und zur Anammlung eines Nährstoffvorrates im Mutterkörper sicher ausreichend gewesen. Eine stärkere Futtermenge kurz vor dem Ferkeln wäre nicht von Vorteil. Immerhin aber ist es empfehlenswert, in der letzten Zeit vor dem Ferkeln in geringer Menge wenigstens mit der Zufütterung der Futtermenge anzufangen, die mit Beginn des Säugegeschäftes in stärkeren Gaben die Futtermenge bilden sollen. Wiederholt ist von hannoverschen Büchtern festgestellt worden, daß durch ein solches Vorgehen bei den Ferkeln seltener Verdauungsstörungen und Durchfall auftreten, als wenn nach Eintritt des Ferkelns plötzlich Futterwechsel bei den Mutterläuen stattfindet.

Diese Frage wird auch in einer von Dr. Schinckel in Herford in der „Zeitschrift für Schweinezucht“ vor kurzem veröffentlichten Abhandlung über die Schweinezucht in Minden-Ravensburg berührt. Der Genannte führt aus, daß in dem in Frage stehenden westfälischen Baugebiet bei den tragenden Säuen, die während der ganzen Trächtigkeitdauer voluminös gefüttert worden sind, etwa 14 Tage vor dem Ferkeln allmählich mit der Zulage von Krautfutter begonnen wird. Es handelt sich dabei um dasselbe Futter in der gleichen Zusammenfassung, wie es die Säuen während der ganzen Säugezeit erhalten. Verändert wird nach Eintritt des Ferkelns und weiterhin nur die Menge des Futters. In solchen Büchtern mit verhältnismäßig starker Fütterung wird das Ansteigen der Krautfuttermenge zwei Tage vor dem Ferkeln unterbrochen. Bis zur Beendigung des Ferkelns wird eine zu starke Fütterung aus dem Grunde vermieden, um eine Verdrängung der Krautfuttermenge zu bewirken. Als Krautfutter wird dort den säugenden Säuen vielfach ein Gemisch von Gerste und Haferstroh gegeben, zu dem manchmal noch Bohnenstroh hinzutritt.

### Die Durchtrichtigkeit bei Ziegen.

Ein noch weit verbreiteter Fehler ist die Durchtrichtigkeit bei Ziegen. Das Uebel ist häufiger in solchen Ziegenhaltungen zu finden, die noch obelst stehen und die mit den Ziegenzüchtern nichts zu tun haben. Doch auch in den Büchern von Mitgliedern von Ziegenzüchtereinigen kann man die Durchtrichtigkeit noch antreffen, wenn auch durch den Einfluß der Vereine in dieser Beziehung dieses besser geworden ist. Auf Ziegenzucht und so besonders auf den kleinen örtlichen Ziegen gibt es für manche Aussteller, deren Ziegen an diesem Uebel leiden, immer noch Enttäuschungen, weil solche Tiere, auch wenn sie sonst den Anforderungen entsprechen sollten, geringer bewertet werden. Nicht selten kann man die Meinung hören, daß das auch als Varentagigkeit bezeichnete Durchtreten der Ziegen nur von Fehlern in der Jugendpflege, von ständiger Stallunreinlichkeit und dauerndem Ungehindertsein usw. herrühre. Für viele Fälle trifft dies zu. Es ist aber erwiesen, daß auch bei ganz jungen Tammern schon Durchtrichtigkeit auftreten kann. Der Verfall dieser Ziegen hat auf Ziegenzucht, auf denen auch Tammern vorgeführt wurden, vereinzelt und so auch wieder in diesem Jahre bei jungen Tieren ausgebrochene Durchtrichtigkeit festgestellt. Die Tiere waren noch zu jung, als daß an ihnen durch Vernachlässigung in der Pflege schon hätte viel verbrochen werden können. Es muß sich hierbei um Uebertragung des Fehlers von den Eltern oder doch von einem der Elterntiere, also um Vererbung, gehandelt haben. Aus diesen Gründen ist strenge darauf zu halten, daß namentlich keine mit diesem Fehler behafteten Böcke zur Zucht verwendet werden. Denn es läßt sich nicht so ohne weiteres sagen, ob es sich bei einem durchtrichtigen Bod um eine durch mangelhafte Pflege erworbene, nicht vererbende Eigenschaft handelt oder um einen angeborenen Fehler.

In einer im Jahre 1910 in der „Zeitschrift für Ziegenzucht“ erschienenen Abhandlung über Erfahrungen in der Ziegenzucht berührte Oberamtsarzt Doncker in Freudenstadt die Frage der Vererbungsfähigkeit des Durchtretens und der Durchtrichtigkeit bei Ziegen. Der Genannte erwähnt, daß er schon an zwei bis drei Tagen alten Tammern solche Fehler festgestellt hat, und daß es sich hierbei ohne Zweifel um Uebertragung durch Vererbung gehandelt haben muß. Daran anschließend weist er darauf hin, wie wichtig es ist, daß man nur beste, gut gebaute Böcke mit möglichst fehlerfreien Kreuzen züchten solle.